

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 30. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Die Streikwelle in England.

Amsterdam, 29. Januar. (Telunion.) Aus London wird gemeldet: Der Streik auf den Schiffswerften der Thames hat sich gestern auch auf die Werften südlich des Flusses ausgedehnt: 3000 geschulte Arbeiter und Tagelöhner legten die Arbeit auf den Werften und in den Häfen nieder. In verschiedenen Häfen liegen Schiffe mit Lebensmitteln, die nicht gelöscht werden können. Der Ausstand an der Clyde dauert ebenfalls fort. Weiter wird gemeldet, daß im Westen Schottlands ungefähr 50 000 Mann in den Ausstand getreten sind. In Belfast hat der Streik auf die ganze Stadt mit sämtlichen Betrieben übergreifen. Es fahren keine Straßenbahnen, Gas und Elektrizität sind gesperrt, der Schiffbau steht still, die Vergnügungsorte, Wirtschaften und Restaurants haben geschlossen. Nur die Krankenhäuser erhalten elektrischen Strom. Einige Fabriken, in denen noch elektrisches Licht gebrannt wurde, wurden von den Aufständigen angegriffen, so eine große Färberei. Die Polizei mußte schließlich eingreifen und die Ruhe wieder herstellen.

Amsterdam, 29. Januar. Einem hiesigen Blatte zufolge schreiben die englischen Blätter die in England herrschende Streikbewegung folgenden Ursachen zu: Die große Kraftanstrengung, die der Krieg von den Arbeitern gefordert hat, und der Umstand, daß die Arbeiter befürchten, die Demobilisation werde die Arbeitslosigkeit fördern, wenn die Arbeitszeit nicht verfürzt werde; eine dritte Ursache sei in den gesteigerten Aufwendungen für die Lebenshaltung zu suchen, während die Löhne der ungelerten Arbeiter nicht in demselben Maße gestiegen seien, wie die der gelehrten. Auch habe der Kriegsgewinn, obwohl er mit 80 Prozent besteuert sei, die Unzufriedenheit der Bevölkerung erregt. Endlich seien revolutionäre Agitatoren dauernd tätig, um die unter der Bevölkerung herrschende Unzufriedenheit zu schüren. Die Abendblätter schätzen die Anzahl der Streikenden im Vereinigten Königreich auf 120 000 bis 150 000.

China wehrt sich gegen japanische Vergewaltigung.

Streit auf der Friedenskonferenz.

Peking, 29. Januar. (Holländisch Nieuwsbureau.) Aus Paris wird gemeldet: Zwischen den chinesischen Delegierten Wang und Rao und den Vertretern Japans, Matsuo, Chinba und Matsui ist es in der Schantungfrage zu einem lebhaften Meinungsstreit gekommen. Die Debatte in dieser Frage eröffnete Rao, der den Standpunkt Chinas darlegte. Obwohl die ganze Debatte in der Geheimhaltung stattfand, wurde dem Berichtskriter der „Newspost World“ wie er seinem Blatte meldet, eine ausführliche Schilderung gegeben. Die Chinesen waren, obwohl sie sich ruhig verhielten, erzürnt, als sie die Forderungen hörten, die auf eine Verteilung der Leute hinauskämen und hierzu auf einen großen Teil des reichsten chinesischen Gebietes gerechnet wurde. Die Chinesen protestierten allgemein, überreichten aber auch einen im einzelnen ausgearbeiteten Protest, in welchem sie darauf bestanden, daß Recht geschähe und die Ansprüche Japans zurückgewiesen werden müßten.

Die Sowjetregierung gegen den Völkerbund.

Genf, 29. Januar. (L.-A.) Nach Meldungen aus Paris ist beim Friedenskongreß ein offizielles Radiotelegramm der Sowjetregierung eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, daß Rußland den Eintritt in die Gesellschaft der Nationen ablehnt.

Diskussion über die deutschen Kolonien.

Paris, 28. Januar. Reuter. Die Diskussionen über die außerhalb Europas eroberten deutschen Gebiete werden morgen fortgesetzt werden. Reuter teilt über ihren Inhalt nichts mit, bezeichnet sie aber als sehr bedeutungsvoll. Außerdem dementiert Reuter die Behauptung, daß zwischen der britischen Regierung und den überseeischen Dominions Reinigungsverhandlungen beständen; es herrsche vielmehr völlige Uebereinstimmung unter den Delegierten.

Verhaftung Pariser Syndikalistenführer.

Der politische Gewaltstreik.

Genf, 29. Januar. (Telunion.) Wie hier bekannt wurde, wurden in Paris verschiedene Führer der Syndikalisten der Pariser Arbeiterbörse verhaftet. Die Festnahme soll angeblich infolge des beabsichtigten Generalstreiks, der politischer Natur sei, stehen.

Das Ende des Spartakistenputsches in Wilhelmshaven.

Ausführliche Darstellung.

Wilhelmshaven, 29. Januar. Die Kommunisten kamen am Montagmorgen hier an und besetzten die öffentlichen Gebäude, u. a. die Reichsbank, wo sie unter Gewaltandrohung 40 000 Mark erpreßten. Bei den Verhandlungen zwischen den Kommunisten und dem Arbeiter- und Soldatenrat verlangte letzterer die Herausgabe des entwendeten Geldes. Die Kommunisten gaben jedoch die Leute nicht zurück, raubten vielmehr noch eine Million Mark aus der Reichsbank. Das geraubte Geld wurde zum Hauptquartier der Spartakisten, der „Tausend-Mann-Kaserne“, gebracht. Bei nachmaligen Verhandlungen wurde verabredet, daß das Geld bis 7 Uhr abends zur Reichsbank zurückgebracht werden sollte. Als um 7 Uhr ein mit Soldaten besetztes Automobil vor der Kaserne ankam, um das Geld zu holen, wurde es von den Spartakisten, die sich weigerten, das Geld herauszugeben, mit Schüssen empfangen. Infolgedessen wurden von der Befehlsführung des Autos Verwundete zu Hilfe gerufen, die nunmehr mit der Belagerung der „Tausend-Mann-Kaserne“ begannen. Es wurden Maschinengewehre und kleinere Schiffgeschütze herangeschafft; gegen 9 Uhr begann ein regelrechtes Gefecht, das bis gegen 2 Uhr nachts dauerte. Gegen 10 Uhr abends trat eine Kampfpause ein, weil die Spartakisten sich bereit erklärt hatten, das Geld herauszugeben. Es wurde dann der Reichsbank zurückgestellt, jedoch nicht der vollständige Betrag, da ein Teil bereits unter die Spartakisten verteilt worden war. Um 2 Uhr nachts erklärten die Spartakisten sich zur bedingungslosen Uebergabe bereit. 500 Mann wurden sofort in Haft genommen. Bei dem Kampf wurden im ganzen sieben Personen getötet, darunter zwei Spartakisten und zwei Berufssoldaten.

Es wurden etwa 80 Personen verwundet. Außerdem wurde gegen 7 Uhr abends ein Arbeiter, der an der Deichbrücke Posten stand, von einem Berufssoldaten erschossen, wodurch eine Spannung zwischen den Berufssoldaten und den Werftarbeitern hervorgerufen wurde. Heute am 29. haben die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten morgens den Dienst wieder aufgenommen. Der gestrige Abend und die Nacht verliefen bis auf einzelne Schüsse im allgemeinen ruhig. Zwischen den Beteiligten ist ein vorläufiges Uebereinkommen getroffen worden, wonach die Beteiligten (Arbeiter- und Soldatenrat, die Kommunisten und die Arbeiter und Berufssoldaten) sich verpflichteten, Ruhe und Ordnung zu halten. Dieses Abkommen ist gestern durch den Einundzwanzigerat in einem Aufruf an die Bevölkerung veröffentlicht worden, der zur Beruhigung dienen soll.

Augenblicklich befinden sich noch im Ausstand die städtischen Beamten in Rüstingen und Wilhelmshaven, die eine besondere Forderung haben, nämlich die Errichtung einer Bürgerwehr zum Schutze gegen gewalttätige Angriffe auf das Eigentum der Bürger. Dieser Schutzwahl scheint ihnen nicht genügend gewährleistet zu sein durch den jetzigen Dienst des Sicherheitswesens, der sowohl die zweiseitige Vererbung der Reichsbank als auch die Befehlsführung des „Wilhelmshavener Tageblattes“ nicht zu verhindern vermocht hat. Die Bildung einer Bürgerwehr soll heute erfolgen.

Die schleswigsche Frage.

Ruhige Auseinandersetzung.

Auf die Erklärung der dänischen Regierung über die nord-schleswigsche Frage veröffentlicht der Deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig eine längere Antwort, in der unter Anerkennung des ruhigen sachlichen Tones der Erklärung ein Einverständnis mit verschiedenen dänischen Forderungen festgestellt wird. Mit besonderem Nachdruck wiederholt der Ausschuss seine Forderung, daß den Dänen Nordschleswig für Versammlungen, Petitionen und eventuell Abstimmung volle Freiheit gewährt werden müsse, betont aber ebenso entschieden, daß diese Freiheit entgegen den Behauptungen der dänischen Presse bisher durchaus nicht beschränkt worden sei.

In Schleswig setzt man sich mit aller Sachlichkeit über die Nationalitätenfrage auseinander. Im Dänen aber wollen die Polen nicht anders, als daß es polnisch dabei hergeht.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Hessen.

31 Mandate erobert.

Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur heftischen Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokraten 31 Sitze, Unabhängige Sozialisten 1 Sitz, Demokratische Partei 13 Sitze, Zentrum 13 Sitze, Deutsche Volkspartei 7 Sitze, Hessische Volkspartei 5 Sitze.

Was jetzt getan werden muß!

Rasch Brot schaffen. Von Erwin Barth.

Infolge mehrtägiger Abwesenheit von Berlin bekommen ich erst jetzt den Artikel des Herrn Professors M. Sering in Nr. 48 des „Vorwärts“ zu sehen. Ich freue mich aufrichtig, daß in der Richtung der Landbesiedelung bereits weit vorgearbeitet ist. Aber diese Vorarbeit, so nützlich sie ist, entspricht nicht dem Gedanken, der mich bei der Abfassung meines Artikels leitete.

„Unbewirtschaftete Moor- und Dehländer sollen für Siedlungszwecke zu dem Ertragswert, den sie in unverbessertem Zustande haben, d. h. in vielen Fällen fast unsonst hergegeben werden.“ Hier will ich anknüpfen. Die Frage ist: wie sollen diese Wildländereien urbar gemacht werden? Der Weg den die europäischen Einwanderer in den amerikanischen Neuländern begangen haben — die Urbarmachung durch den Siedler selbst — ist zu lang für unsere Notzustände. Bei uns handelt es sich nicht darum, einzelnen Siedlungslustigen Menschen die notwendige materielle Unterstützung zum Aufbau einer neuen Existenz zu leisten, sondern um schnellste Vereinstellung neuen Kulturlandes im großen Stille, um unseren Nahrungsmittelspielraum zu erweitern und um den Hauptteil der jetzt brachliegenden Arbeitskräfte nutzbringend zu beschäftigen.

Aus der Gewinnung von neuem landwirtschaftlichen Areal soll eine neue Industrie gemacht werden — eine Uebergangsindustrie, die uns bis zum Eintreten geregelter Verhältnisse in der deutschen Industrie und bis zu ihrem Wiedererstarke die unproduktiven Ausgaben in Form von Arbeitslosenunterstützung erspart und mit Millionen von Händen neue notwendige Werte schafft. Dazu bildet die von Prof. Sering mitgeteilte gefeggeberische Vorarbeit eine nützliche Hilfe. Aber ihr Anfang ist noch zu eng gesteckt.

Wie ich mir die Lösung dieser Aufgabe vorstelle, will ich hier, soweit es im Rahmen eines Zeitungsartikels möglich ist, kurz skizzieren.

Eine amtliche Stelle wird mit größten Vollmachten ausgestattet. Sie hat sofort von den Wiesen- oder Wasserbauämtern oder den sonstigen Kulturstellen alle fertigen Pläne einzufordern und für die noch nicht aufgenommenen Gebiete schnellstens Pläne ausarbeiten zu lassen. Sie ist zu ermächtigen, wildliegende Privatländereien (Moore, Heide, Wildwiesen usw.) für den Staat zu enteignen.

Der Reihenfolge nach sind zuerst die Gelände in Arbeit zu nehmen, die am raschesten Fruchtland ergeben. Unter diesen sind die besseren Böden (Moore) zu bevorzugen. Unter diesen wieder sind die Gebiete in erster Linie in Arbeit zu nehmen, die bereits durch Kriegsgefangene vorgearbeitet worden und die infolgedessen für die Unterkunft einer größeren Anzahl von Menschen eingerichtet sind und deren Umgebung auf den Unterhalt dieser Menschengruppe eingestellt ist.

Es handelt sich darum, möglichst rasch ertragbringendes Areal bereitzustellen und schon für die nächste Ernte Vorteile zu schaffen.

Eine Hauptfrage ist die Unterbringung der Arbeiter auf dem Lande. Dazu reichen die Unterkünfte für ausländische Wanderarbeiter nicht aus. Den höheren Ansprüchen der städtischen Arbeiter an Wohnungsbequemlichkeit muß entgegengekommen werden. Mit Hilfe des Einquartierungsrechtes muß ein Teil der Arbeiter in benachbarten Dörfern (bis zu 1 Stunde Entfernung) untergebracht werden. Darüber hinaus sind geräumige Militärbaracken bereitzustellen. Darin ist Unterhaltungs- und Lesemöglichkeit zu schaffen. Durch gesellige Spiele und belehrende Vorträge ist eine heitere Atmosphäre in den Paradenstellungen zu erzeugen, die den Arbeitern eine gehobene Freude am Leben sichert und sie für das Aufnehmen des reinen Genusses der Natur empfänglich macht.

Für die Verpflegung sind Militärfeldküchen aufzustellen und auch die besonderen Bedürfnisse an Kleidung und Schuhwerk für diese den städtischen Verhältnissen neuartige Arbeit sind soweit als möglich aus militärischen Restbeständen zu befriedigen. Ueberhaupt ist eine enge Anlehnung an die militärische Organisation für Unterkunft, Verpflegung usw. geboten — ohne natürlich von militärischen Geist zugleich einzuführen.

Die Entlohnung der Arbeiter ist die Frage, die größte Sorgfalt erfordert, der Geldlohn ist nicht zu umgehen. Er ist aber als nebensächlich zu behandeln. Die Naturalverpflegung ist in den Vordergrund zu stellen. Nach dem Vorbild der Kriegsunterstützung ist gleichzeitig für die in der

Groß-Berlin

Die Dankadresse.

's gibt Leute, die den Ernourchren als solchen noch immer unentwegt umstrolchen und hundegleich umweldeln und beschmarchen, als wär' er ein Laternenpfahl. Es war einmal . . .

Der gute Mann ist ausgekniffen. Geppiffen! Er hat „sein Volk“ im Stich gelassen, nun heult die Meute kläglich in den Gassen, daß ER nicht mehr mit Peilen speist den Hundgeist.

Nun kann ER zwar die Dankadressen nicht essen, doch dünkt es IJM wie eine Predigt: der Koiaun ist noch lange nicht erledigt . . . Auf Seines Hauptes Gegenieil ein dreifach Heil!!!

Pau! Gen.

Kein Milchstreik.

Wiß für die Feistelle?

In einer stark besuchten Milchhändlerversammlung am gestrigen Nachmittag wurde über die Einigung mit den Ernourch Behörden berichtet. Die etwa 40prozentige Preisverhöhung bedeutet für die Käufer 2 Pf. für den Liter mehr und für die Milchhändler, die bisher einen Verdienst von 6 Pf. hatten, einen Ruhen von 8 Pf. Zugewinn wurde den Händlern aus ein bestimmtes Schwindemah als Entschädigung für den Ausfall bei dem Einzelverkauf. Es soll jetzt eine intensive Aufklärungsarbeit bei den Milchproduzenten auf dem Lande durch das Reichs Ernourchamt einsetzen.

In der Ausrache wurden gegen die Feistelle Groß-Berlin sehr scharfe Angriffe gerichtet. So behauptete ein Redner, daß die leitenden Personen der Feistelle täglich etwa 2 Liter Milch in das Haus geliefert bekommen und auch an Futter keinen Mangel litten. Die bei der Feistelle angestellten Damen verhielten sich ebenfalls reichlich mit Milch. In allen Vorkamrädern dieser Behörde finde man Tische und Stühle mit Milch bedeckt. Ein zweiter Redner teilte mit, daß derartige Zustände auch bei den Kreisfeistellen herrschten. Die Antworten seien in den letzten Fällen Sachleute. Die leitenden Personen dieser Behörden schein auch eine kräftige Betriernwirtschaft. Im Kreise Niederbarnim seien für die einzelnen Geschäfte ganz verschiedene Preise festgelegt, und wenn die Geschäftsinhaber Vorstellungen erhoben, würden ihre Geschäfte einfach geschlossen und die Milch in Subiden verkauft. — Nachdem noch vom Vertreter der Milchpächter die Pflicht betont worden war, mehr als 5 über für die Heransaffung von Milch nach Groß-Berlin zu sorgen, erklärte sich die Versammlung mit den erreichten Erfolgen einverstanden. In Händlertreffen ist man der Meinung, daß die Feistelle sehr wohl den zugestandenen Mehrerdiens aus ihren Einnahmen decken könnte.

32 weitere Opfer begraben.

Auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde wurden am gestrigen Nachmittag 32 Opfer der Spaniaumade beerdigt. Diesmal trag das Leidenbegännis nicht die Merkmale einer politischen Tötung. Vielmehr versammelten sich um die offene Gruft in der Hauptsache die Leidtragenden und eine Anzahl Kranzdeputationen. In der Hauptsache waren es ältere eine Anzahl Personen, die durch verirrte Augen geblendet wurden und Verschiebens, die Neugier und Sensationslust leider mit dem Tode bezahlen mußten. Eine der Toten, Frau Marta Jahnke, wurde als Mitglied der U. S. V. mit reichen Kranzspenden bedacht. Ein Ehepaar Kalland, das sich am 8. Januar anscheinend aus Neugierde nach dem Brandentbrenner Tor begaben hatte, war dort dem Maschinengewehrfeuer zum Opfer gefallen; sie haben zwei unversorgte Kinder von 13 und 14 Jahren zurückgelassen. Ein altes Mütterchen führte einen kriegsblinden Sohn heran, um dem zweiten Sohne, der ihr Ernourcher war, das Telegelock zu geben. Es war ein Bild herzzerreißender Trauer, das sich bot. Auch sechs Namenlose hat das große Flakentab in sich aufgenommen.

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexö.

1.

Stines Stammbaum.

Es hat allezeit als Zeichen guter Abstammung gegolten, wenn man seine Ahnen bis weit zurück aufzählen konnte. Und danach ist Stine Menschenkind ein sehr vornehmes Weisen. Sie gehört dem ältesten und zahlreichsten Geschlecht im Lande an, dem Geschlecht Mann.

Eine Stammtafel der Familie findet sich nicht, und sie wäre auch nicht leicht auszuarbeiten, da die Familie zahlreich ist wie der Sand des Meeres. Alle andern Geschlechter lassen sich auf dieses zurückführen; hier tauchten sie auf im Laufe der Zeiten — und sie kehrten wieder dahin zurück, wenn ihre Kraft vertronnen und ihre Rolle ausgespielt war. Das Geschlecht Mann gleicht gewissermaßen dem großen Meere, von wo die Wasser gen Himmel steigen in lüchtem Flug — und wohin sie schwer rinnend zurückkehren.

Der Ueberlieferung nach soll die Stammutter des Geschlechtes eine Feldarbeiterin gewesen sein, die mit dem nächsten Befehl auf der feuchten Erde ausruhte. Davon wurde sie schwanger, und sie brachte einen Knoben zur Welt. Dies blieb später ein eigentümlicher Zug des Geschlechtes: seine Frauen tragen nicht gern Untergang — und bekamen Kinder für nichts und wieder nichts. Noch heißt es von ihnen, daß sie sich in einer Lure im Augwind zu stehen brauchen, um ein Mädchen unterm Herzen zu tragen. Um einen Knoben zu bekommen, brauchen sie bloß an einem Eiszaden zu lutschen. Wunderlich ist's nicht, daß ein zahlreiches, abgehärtetes Geschlecht entstand, dessen Hände Wachstum schufen. Es wurde das eigenlämliche Kennzeichen des Geschlechtes Mann, daß alles, was es anrührte, lebte und gedieh.

Der Knobe trug lange das Merkmal der lehmigen Erde; als kleines Kind war er ein Kommes Würmchen mit krummen Weinen. Aber er wuchs sich heraus und wurde ein lüchtiger Erdarbeiter; mit ihm nimmt die Bekaderung des Landes ihren Anfang. Der Umland, daß er seinen Vater botte, beschäftigte ihn sehr und wurde das große, fruchtbare Problem seines

Die Trauerrede wurde vom Domprediger Döring gehalten. Hiernach richtete Pe e h von der Republikanischen Schutztruppe eine Ansprache an die Anwesenden, in der er der Trauer um die verstorbenen Menschenleben Ausdruck gab.

Unter den zahlreichen Kranzspenden fielen besonders 16 Kränze der Republikanischen Schutztruppe für die unschuldigen Opfer der Revolution an.

Die Namen der Bestatteten lauten: Ema Behnke, Willi Brandenburg, Alfred Beckmann, Paul Engel, Hermann Edel, Marie Frensch, Marta Jahnke, Emil und Ida Kalland, Paul Kluge, Else Kaimald, Ernst Maasch, Richard Müncheberg, August Pansla, Roldolfi, Pinnak, Kurt Rau, Willi Riel, Hermine Seidel, Paul Schmiegel, Egon Sauter, Andreas Schellhaas, Ella Wiesner, Walter Wafhausen, Paul Winkler, Otto Viktor, ferner sechs unbekannt Namen, von denen zwei vermutlich Köler und Edmund Ehlers heißen.

Die Erwerbslosenunterstützung.

Erwerbslose vom 14. bis 17. Lebensjahre haben bei Bezug der Unterstützung den Fach- oder Fortbildungsschulunterricht zu besuchen. Unentschuldigte Veräumnis sowie unangebrachte Verhalten im Unterricht hat gegebenenfalls Verlust der Unterstützung zur Folge.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am Ende der letzten Woche (in der Kammer die Zahl der vorliegenden Woche): In Berlin 147 148 (126 886), in Neudöln 25 027 (22 657), in Berlin-Schöneberg 5100 (4830), in Berlin-Bichenerg 10 377 (9735), in den Groß-Berliner Städten (außer Charlottenburg und Bilmersdorf) zusammen: 187 664 (163 657); ferner in den zum Lebensmittelfverband Groß-Berlin gehörenden größeren Orten der Landkreise Teltow und Niederbarnim zusammen rund 21 000 (18 000).

Arbeitler, die in den ersten fünf Tagen nach ihrer Kündigung in ihre Heimat fahren, erhalten für sich und gegebenenfalls auch für ihre Familie freie Fahrt. Für die Erlangung der Fahrausweise ist die polizeiliche Anmeldung und eine Bescheinigung des Arbeitgeber über den Zeitpunkt der Kündigung erforderlich. Die Fahrausweise der Ortspolizeistellen berechtigen zur Fahrt in der 4. Wagenklasse, jedoch kann kränklichen, sowie alten und gebrechlichen Personen auch die Fahrt in der 3. Klasse gestattet werden. In letzterem Falle muß jedoch der Schein von der Bahnhofsstation umgeschrieben werden. Vom Neiseantritt ab gilt der Fahrausweis noch 4 Tage.

Kommunale Arbeiterräte der S. V. D.

Bersammlung Donnerstag nachmittags 4 Uhr im Festsaal des Herrenhauses. Z. A.: Otto Frank.

Die Volksversammlung der U. und S. Räte Groß-Berlins und der kommunalen Arbeiterräte im Zweckverbandesgebiet Groß-Berlin findet Freitag, den 31. d. M., vorm. 9½ Uhr, in der Pöhlbaumonte, Rönneburger Str. 22/23, statt. Tagesordnung: 1. Nähestimm — Rationalisierungsamt — Verkaufsentwurf. Referent und Korreferent. 2. Diskussion 3. Bericht der Volksbeauftragten über die Vorgänge der letzten Wochen. 4. Bericht des Volksorgans über die Vorgänge der letzten Wochen. 5. Diskussion. Zutritt nur gegen die grüne bzw. weiße Legitimationskarte. Die durch die Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte der Kreise Teltow und Niederbarnim erfahrenen Landgemeinden sind berechtigt, je einen Vertreter der beiden sozialistischen Parteien zu entsenden.

Die Ehrengehälter der Republikanischen Soldatenwehr betragen an Pöhnung täglich 1 M., für den Dienst 5 M. Den Verheirateten (4. der Wehr) ein Verdienstgehalt von 5 M., einschließlich Feuerungs- und eine Wohnungsgeld. Häuter und Mannschaften erhalten gleiche Lohnsätze. Die Dienstverteilung ist folgende: 24 Stunden Dienst (von mittags 1 Uhr bis anderen Mittag 1 Uhr), 24 Stunden frei.

Anspruch erhebt eine Aufschrift gegen die Poliz „Handlungsgehilfenelend“, deren Verfasser erklärte, er würde auch für 200 M. arbeiten. Eine solche Wendung könne die übrigen Kollegen schädigen, die höhere Bezahlung haben, und es sei auch ganz unmöglich, mit 200 M. zu leben.

Der Rat ehemaliger Schuchhastgefangener hält am Sonntag, den 2. Februar, vormittags 11 Uhr, im Ruchhast des Restaurants „Reingold“, Bellevuestr., eine Mitgliederversammlung ab, in der über wichtige Verhandlungen mit den Reichsbehörden referiert wird. Wie wir hören, besteht in mahgebenden Neglerungskreisen die Meinung, in dem Rat die offizielle Vertretung aller ehemaligen Schuchhastgefangenen zu erblicken. Interessenten erfahren Näheres in der Geschäftsstelle des Rats

ehemaliger Schuchhastgefangenen, Abgeordnetenhaus, Ostseite, Obergeschos, Zimmer 46/47, Fernspr. Rent. 9041.

Zweck und Ziel des Rats ehemaliger Schuchhastgefangenen sind besonders: Sicherstellung aller Schuchhastgefangenen durch die Regierung; Eintäumung des Rechtes zur Einridhtnahme in die Armen durch den Rat; Bestrafung aller Personen, die widerrechtlich oder willkürlich unter Mißbrauch ihrer Stellung veranlaßt oder zugelassen haben, daß Leute in Schuchhast genommen oder behalten oder Ausenfallsbeschränkungen unterworfen wurden; Erfah materielle und ideellen Schodens; Ernennung einer Kommission zur Festsetzung und Abheilung der Schäden; Hinguziehung des Rates zu ist.

Wahlschnüffelei.

Was hat die Schule sich darum zu kümmern, mit welcher der Parteien es die Eltern ihrer Pöglinge hielten? Noch immer gibt es Wahlschnüffelei, die den Unfug nicht lassen können, solche Schnüffelei zu betreiben. Aus dem Leibniz-Gymnasium in Berlin erfahren wir, daß in der Sexta die Jungen gefragt wurden, wie am 28. Januar die Eltern gewählt hatten. Ein Elternpaar äußert sich mit berechtigter Entrüstung über diese Angehörigkeit, die es unbedarbt. Wir fordern, daß der gesamten Lehrerschaft die Gefährdungs- und Wahlschnüffelei streng unterlagt und gegen Zusammenhandlungen nachdrücklich eingeschritten wird. Jedem Erzieher sollte ohne weiteres einleuchten, daß ein derartiges Treiben auch das Ansehen der Schule nicht fördert. Auch aus anderen Schulen sind uns ähnliche Vorkommnisse gemeldet worden.

Auflösung des Sicherheitsdienstes Groß-Berlin. Das Ministerium des Innern hat die Auflösung des Sicherheitsdienstes in Berlin zum 28. Februar, in Bilmersdorf und Schöneberg zum 6. März, und in Neudöln bis zum 15. März angeordnet. Für die Auflösungsarbeiten hat sich aus den Kreisen der Mannschaften und Leitung heraus ein Zentralrat aller Sichernmannschaften Groß-Berlins gebildet, dessen Aufgabe es ist, für die nötige weitere Unterbringung der Mannschaften beim Ueberführung in ein geordnetes Arbeitsverhältnis zu sorgen. Zweck Stellungnahme in dieser Angelegenheit findet am Donnerstag im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderplatz, mittags 2 Uhr, eine Versammlung der Sicherheitsmannschaften von Groß-Berlin statt, in der Komrad Dr. S. Franke über die Auflösung des Sicherheitsdienstes sprechen wird.

40 Jahre unbesoldeter Gemeindebeamter. Dieses Jubiläum, das seinen Bürgerinn hoch ehrt, kann der Stadtverordnete Wilhelm Weidick, Moabit, feiern. Seit vier Jahrzehnten ist er Vorsitzender des hiesigen Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten.

Der sozialistische Werke-Ausschuß für die höheren Lehranstalten veranstaltet heute abend 7 Uhr in der Aula der Gemeindefchule hinter der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, eine Schölerversammlung. Thema: Schule, Politik, Sozialismus. Freie Aussprache.

Im Anspersichabinett der Staatlichen Museen ist vom 1. Februar ab eine Ausstellung der Holzschmitte Fürers zugänglich, die an die Stelle der Ausstellung von Zeichnungen händischer Meister getreten ist.

Politische Köpfe. Die neueste Nummer des „Schwermel“, Herausgeber Emil Unger, bringt wieder zwei Cartonsbilder, diesmal von Ledebour und Kossel. Inbendem u. a. Artikel: „Juden“, „Ein Presse-Gerichtshof“, „Wer soll zahlen?“

Rektorat der Handelsschule. Die Restkosten der Kaufmannschaft von Berlin haben die Wahl des Professors für Handelswissenschaften an der Handelsschule Berlin, Herrn Reimer, zum Rektor der Handelsschule bestätigt, nachdem der Minister für Handel und Gewerbe seine Zustimmung erteilt hat.

Am Dienstag Nachs soll die Freilooabend-Vorstellung mit Rücksicht auf die notwendige Beschaffung der Kohlen- und Lichterparnis aus.

Berliner Lebensmittel.

Bubrotkaukau. Bis Freitag, den 31., in den Bezirken der 85., 88., 89., 90. und 176. Volkstimmission und bis Sonntag, den 3. Februar, in den Bezirken der 86., 104., 193. und 87. Volkstimmission ½ Dole Buchstabenreich (Dän. Winterweizen). — Röhre. Bis Freitag in den Bezirken der 168. und 229. Volkstimmission. — Auf Abschüttle 91 und 92 je 250 Gram, also zusammen 500 Gramm Parmelade. Anmeldung in den durch Ausschusgheld geleitetem Geschäften am 30., 31. Januar und 1. Februar. — In den nächsten Tagen bei den Reichern Damerwurk, aber nur eine sehr beschränkte Menge. Preis für 1 Pfund 5,75 M. Auf je 25 Gramm Fleischwaren 20 Gramm Dauerwurk.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Donnerstag, Freitag und Sonnabend aus.

Lebens. In seinen Ruhestunden schuf er eine ganze Religion daraus.

Es war draußen im Freien nicht gut mit ihm auszukommen; in der Arbeit hatte er nicht seinesgleichen. Aber seinem Weibe unterlag er. Der Name Mann soll daher rühren, daß er, wenn sein Weib ihn mit ihrem schorfen Mundwerk aus dem Hause getrieben hatte, stuchend umherzugehen und zu schreien pflegte, er sei Mann im Hause. Noch heutige tags fällt es manchen aus dem Geschlechte Mann schwer, sich ihren Frauen gegenüber zu behaupten.

Ein Zweig des Geschlechtes ließ sich an der öden Küste am Rottgott nieder und gründete das Dorf. Das war in jenen Zeiten, als noch Wald und Sumpfe das Land unwegsam machten; und dieser Zweig kam fernwärts heran. Das Felsenriff, wo die Männer mit dem Boote anlegten und Frauen und Kinder von Bord hoben, liegt noch da; weiße Seewögel bezeichnen adwechselnd Tag und Nacht die Stelle — und haben das durch Jahrhunderte getan.

Dieser Zweig hatte in hervorragendem Grade die typischen Kennzeichen des Geschlechtes: zwei Augen — und eine Nase mitten im Gesicht; einen Mund, der lüssen und beißen konnte, und ein paar Fäuste, die gut am Schäffe saßen. Außerdem alid er dem Geschlechte darin, daß die meisten seiner Mitlieder besser waren als die Verhältnisse. Man konnte die Manns überall daran wiedererkennen, daß ihre schlichten Eigenschaften sich meist auf bestimmte Ursachen zurückführen ließen, während das Gute in ihnen sich nicht begründen ließ, sondern angeboren war.

In eine öde Gegend waren sie gekommen. Aber sie nahnten sie, wie sie war, und liehen sich unbedrossen mit dem Dasein ein, horten Gükten, zogen Gräben und schlugen Wege. Sie waren genügkam und hart und hatten den unerlässlichen Drang der Manns, sich mit den Dingen herumzutummeln; seine Arbeit war ihnen zu leicht oder zu schwer, und bald war es in der Genend zu merken, daß sie sich dort niedergelassen hatten. Aber sie waren nicht gekücht darin, den Ertrag ihrer Arbeit festzuhalten, und liehen andere damit davonlaufen; so kom es, daß sie trotz all ihrem Fleiß noch wie vor arm blieben.

Vor gut fünfzig Jahren, noch bevor die Nordküste von den Kurgästen entdeckt war, bestand das Dorf immer noch aus

einer Gruppe von krummüchtigen, stockledigen Gükten, die recht wohl die ursprünglichen sein konnten, und es glich überhaupt einem uralten Wohnplatz. Gerät und am Land gezogene Boote füllten den Strand; das Wasser in der kleinen Bucht stank nach weggeworfenen faulenden Fischen. Seebäsen, Alsmütern und anderem Meeresgetier, das auf Grund seines seikamnen Aussehens für bewohnt von Geistern galt und darum nicht gegessen wurde.

Eine Viertelstunde Wegs vom Dorf, draußen auf der Landspitze, wohnte Sören Mann. Er war in seinen jungen Jahren wie alle andere auf See gefahren und hatte sich später daheim als Fischer niedergelassen — wie es Sitte und Brauch war. Aber eigentlich war er Bauer. Er gehörte zu demjenigen Zweig des Geschlechtes, der sich daran gemacht hatte, das Land zu befestigen, und der dadurch über das Uebliche hinaus zu Ansehen gelangt war. Sören Mann war Hüfnersohn; als er aber das Mannesalter erreichte, heiratete er ein Fischermädchen und begann, neben dem Ackerbau wieder Fischerei zu treiben — wie es die ersten Bauern des Geschlechtes getan hatten.

Mit dem Ackerbau hatte es nicht viel auf sich; ein paar Tonnen Dünenland, mo einige Schafe kümmerlich Nahrung fanden, das war alles, was von einem großen Hof übriggeblieben war, der dort gelegen hatte, wo jetzt die Wäden schreiend über der weißen Brandung umherirren. Das übrige hatte das Meer verschlungen.

Es war Sören und besonders Mores armefleiger Stoß, daß keine Vorfahren Hofbesitzer gewesen waren. Vor drei, vier Generationen lag der Hof gut und wohl da, mit vollwertigen Rändereien, ein ins Meer vorgeschobener Stammknoten. Mit vier Ästgeln und aus gestrandetem Eichenholz stark erbaut, lag er da und war weihin zu sehen, ein Bild der Hofbarkeit. Aber da begann plötzlich das Meer an die'er Stelle zu nagen. Drei Generationen hintereinander mußten den Hof weiter landeinwärts rücken, um ihn nicht im Meere verländigen zu sehen; und jedesmal machte man ihn um einen Hügel kleiner, um sich die Ueberfiedlung zu erleichtern; man hatte ja doch keine Verwendung für so viel Nämlichkeit, wenn das Meer die Aeder wegtrah. Nun war nur noch das alte Wohngebäude aus Hochwerk übrig, das man aus Vorsicht an der Innenseite des Küstentwegs angelegt hatte, und dann ein paar Dünen. (Fortf. folgt.)

Wilmersdorf, Goetheabend. Unser Völkerverein veranstaltet während dieses Winters eine Reihe von Kunstabenden, um unseren Genossen und der breiten Masse der Bevölkerung wirklich gute Kunst zu billigen Preisen zu vermitteln. Der nächste Abend, der am Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, in der Oberrealschule am Hindenburgpark stattfindet, ist Goethe gewidmet. Unsere Genossen Frau Staat Federn, die bekannte Goethekritikerin wird den Abend mit einer Darstellung von Goethes Weltanschauung einleiten. Sodann wird Frau Margu Buzlin Vorträge über Goethes Gedichten zu Gehör bringen und Herr Wolfgang Reiff Gedichte und insbesondere Teile aus Faust I und II vortragen. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind in unserem Parteibureau, Wilmersdorf, Umlandstr. 98-99, zu haben.

Gerichtszeitung.

Die Würstchenfelle.

Wie durch die Lebensmittelsteuern die Preise gehoben werden, geht wieder einmal ein Fall, welcher den Kaufmann Hans Horn vor den Strafrichter führte. Mitangefragt waren früher noch die eigentlichen Schieber, gegen welche aber auf Grund der Militärammunikas das Verfahren eingestellt worden ist, obwohl die betreffenden nur insoweit Soldat waren, daß sie zwar Uniform trugen, aber in den Bureaus von Kriegsgeheimnissen als „unabhängig“ saßen. — Es handelte sich um 1000 Dosen Würstchenfelle mit je 40 Paar Inhalt, welche der Militärbehörde für 12,50 R. geliefert wurden. Da es sich aber um einen Posten handelte, der irgendwie in den Hinterrumhandel gelangt war, kosteten sie bei der ersten Station der Kette, einem Handlungsgehilfen Hans Goldhaub, bereits 20,50 R. und wurden von einem gewissen Heinrich gekauft, der sie seinerseits an einen Herrn Cohn für

21,50 R. weiterverkauft. Dieser verkaufte sie wieder an einen gewissen Jeller für 22,50 R., der wiederum gleich 2 R. Aufschlag nahm und sie an einen Herrn Weidemann verkaufte. Von diesem wanderten sie an den jetzigen Angeklagten Horn, der sie für 27 R. nach Hannover und, da sie dort nicht abgenommen wurden, schließlich an das Viechhaus Söchen für 28 R. verkaufte. — Vor Gericht bekennt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 300 R. Geldstrafe, während Rechtsanwalt Dr. Puppe die Freisprechung für geboten hielt, da zu jener Zeit, als dieses Geschäft schwebte, der Begriff des Kettenhandels überhaupt noch nicht zweifelhaft festgelegt gewesen sei, dem völlig unbekanntem Angeklagten deshalb aber zum mindesten der Schutz der sogenannten Artumsverordnung vom 18. Januar 1917 zugebilligt werden müsse. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf Freisprechung.

„Kriegsjugend“ Die Allgemeine Ortskrankenkasse Richterfelde schreibt uns: Es trifft nicht zu, daß der 16 Jahre alte Jahntechniker Schulz bei uns monatlich 700 R. verdient hätte. Schulz war nur während der Monate August bis 11. November 1918 auswärts in unserem jahntechnischen Laboratorium tätig und verdiente: Monat August 250,50 R., Monat September 497,25 R., Monat Oktober 269,25 R. und vom 1. bis 11. November 88 R. — Wir hatten den Bericht einer als sehr zuverlässig bekannten Gerichtskorrespondenz entnommen, die zum allgemeinen Erstaunen aller Anwesenden über den 700-R.-Verdienst des 16jährigen Jahntechnikers (!) berichtet hatte.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Richterfelde. Mitgliederversammlung am Freitag, abends 7 Uhr, Büchelstr. 7. Tagesordnung: Reumäßig der Gemeinde-

vertretung, Aufstellung der Raubkassen. Mit Rücksicht auf die Gasperre beginnt die Versammlung pünktlich um 7 Uhr. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Köpen, Sozialdemokratischer Wahlverein. Donnerstag, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Scherzer, Baruther Str. 10: Mitglieder-Versammlung.

Arbeiter-Zamariterbund. III. Kbt. Schneberg, Vorbergstr. 11 bei Händel, am 30. Januar, abends 7 Uhr: Übungsstunde.

Generalversammlung Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr, Reichsstr. 15. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Wahl des Vorstandes, Anträge zum Bundeskongress, Wahl der Delegierten zum Bundeskongress, Verschiedenes.

I. Kbt. Reichsstr. 15. Montag, den 3. Februar, abends 7 Uhr: Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Übungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Aufnahme von Mitgliedern und Kursteilnehmern.

Briefkasten der Redaktion.

N. G. 2000. Wo Sie das Geld gesehen erhalten können, können wir Ihnen nicht sagen. — N. G. 75. Richten Sie ein Gesuch an das Gericht um Niederschlagung der Strafe unter Bezugnahme auf den Regierungserlass vom 3. Dezember. — N. G. 37. Der Zuschuß wird auch für Arbeiter, die in keinen Vertrieben beschäftigt sind, gezahlt. — Reichstr. 21. Soweit ersichtlich, hat Ihre Schwägerin Anspruch auf das Gehalt für den ganzen Monat. — Militär. Der Truppenenteil ist zur Entlassung nicht verpflichtet. — N. R. 100. Ein Antrag auf Rentenverhöhung hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn eine wesentliche Verschlechterung in Ihrem Zustand nachweisbar ist. — N. J. 31. Ob das zulässig ist, unterliegt künftiger Entscheidung. Sie müssen noch warten. — N. W. 17. Wenden Sie sich an das Rote Kreuz Berlin, Albrechtshofstr. — Frey Nr. 1892. Eine Verpflichtung, dem ersten Termin beizuwohnen, besteht nicht.

Wettbewerbsgesetz für das mittlere Norddeutsche die Freitag mittag. Vormittag wolkig aber neblig, mit öfter wiederholten, aber geringen Schneefällen. Zeitweise aufklarend. Im Osten Zunahme des Frosts.

Deutsche Männer u. Frauen!

In tiefster, schicksalsschwerer Stunde rufen wir auf, Euch zu einer

Deutschen Vereinigung

zusammenschließen.

Uebermächtig durch die Erfolge unserer Feinde, ohne selbst auch nur ähnliche Opfer, wie wir sie brachten, auf den Altar ihres Volkstums gelegt zu haben, greifen die Polen nach deutschem Besitz, nach Gebieten, die in tausendjähriger Arbeit deutscher Kultur erschlossen wurden. Sie wännen, der kommende Friedenskongress werde ihnen mit der Provinz Posen auch solche deutsche Gebiete wie Danzig, Bromberg, Schneidemühl, Filehne zusprechen. Sie arbeiten mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, im In- und Auslande den Eindruck zu erwecken, als sei die Provinz Posen und mit ihr Bromberg und der Nebedistrikt polnisches Land in deutscher Knechtschaft. Aus den Fehlern der deutschen Polenpolitik überhaupt schmieden sie Waffen gegen uns, gegen das Deutschtum.

Es soll der Eindruck entstehen, als gelte es, ein Volk, das polnische, aus Knechtschaft zu befreien, während es doch in erster Linie darum geht, das deutsche Volk in der Ostmark in Fesseln zu schlagen. Seit dem Sieg der Demokratie in Deutschland sind die Polen mit den Deutschen tatsächlich gleichgestellt.

Jetzt gilt es unsere eigene Gleichheit und Freiheit vor dem Ges. Alle Welt muß wissen, daß die Provinz Posen von 850 000 Deutschen bewohnt ist, die immer bereit waren, mit den Polen auf gleichem Fuße in Frieden zusammenzuleben, unter der Voraussetzung, daß die Polen sie nicht ihres Deutschtums entkleiden wollten.

Darum schließt Euch zusammen in der

Deutschen Vereinigung!

Die Deutsche Vereinigung ist in erster Linie ein nationaler Kulturbund. Ohne Rücksicht auf Religion und Partei, auf Stand und Gewerbe will sie alle Deutschen zunächst des Nebedistrikts zu einer mächtigen Gruppe zusammenschließen, die gestützt auf entsprechende Organisationen und enge Zusammenarbeit mit ähnlichen Vereinigungen des Ostens dem Deutschtum Schutz gewährt, sowohl gegen die Anmaßungen der Polen wie gegen erneute Entmannungsversuche von seiten einer gedankenlos gewordenen Bureaokratie.

Unsere Organe sind die

Deutschen Volksräte

in Stadt und Land. In den Deutschen Volksräten soll deutsches freihetliches Leben pulsen, durch sie soll politische Bildung in alle Kreise getragen werden. Durch die Deutschen Volksräte sollen die fähigsten Köpfe aus der sozialen Tiefe emporgehoben werden zu den Stellen, wo sie dem Deutschtum am besten zu dienen vermögen.

Neben der Liebe zu den Volksgenossen soll in den Volksräten auch Achtung vor den Landsleuten polnischer Zunge gepflegt werden. Wir verdammen jede Art von Unterdrückungspolitik, wir gönnen die gleiche Freiheit den Polen, die wir für uns in Anspruch nehmen.

Doch erheben wir Protest gegen jeden Versuch, woher er auch kommen mag, deutsche Rechte preiszugeben, wie es seitens der im Partei-egoismus und Antennnis ostdeutscher Verhältnisse befangenen Berliner Regierung täglich geschieht. Was deutsch durch die Arbeit unserer Väter geworden ist, soll auch deutsch bleiben. Dabei vertrauen wir auf die Weisheit des Präsidenten Wilson, daß er die Schaffung solcher Verhältnisse im Osten nicht zuläßt, die geeignet wären, Keime neuer blutiger Kriege zu entwickeln.

Proteste werden das Ohr der Nachhaber, Bekundungen der Loyalität Vertrauen nur dann finden, wenn hinter ihnen große, von einem einigenden Willen getragene Volksmassen stehen; Achtung wird die deutsche Minderheit bei den Polen nur finden, wenn sie einig zusammensteht: Alle für einen, einer für alle!

Darum Zusammenschluß in der

Deutschen Vereinigung,

als einem Hort für die Erhaltung des deutschen Geistes, deutscher Tüchtigkeit und deutschen Gewerbes, mit einem Worte des Deutschtums überhaupt im bedrohten Osten unseres Vaterlandes.

Alle Deutschen beiderlei Geschlechts, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, werden hierdurch aufgefordert, sich durch Eintritt in die Deutsche Vereinigung zu ihrem Deutschtum zu bekennen. Zur Deckung der Organisationskosten sind Geldmittel erforderlich. Wir rufen daher auch den Opfer-sinn unserer Freunde an. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages ist der Selbsteinschätzung des einzelnen überlassen.

Anmeldungen bitten wir an die Geschäftsstelle der Deutschen Vereinigung in Bromberg, Schleinitzstraße 18 (Fernruf 321), Zuschriften an Herrn Geh. Regierungsrat Georg Kleinow, Bromberg, Schleinitzstraße 18, Geldsendungen an die Zweigstelle der Deutschen Bank in Bromberg, (Konto der Deutschen Vereinigung) zu richten. Neben dem Beitritt von Einzelpersonen ist der Anschluß von Vereinen und Körperschaften erwünscht.

Deutsche der Ostmark! Schließt die Reihen!

Ihr schuldet heute Eurem Deutschtum den Beitritt zur

Deutschen Vereinigung.

467 deutsche Volksräte im Netzedistrikt.

MUTTER ERDE

Der kommende Film des Tages!
Regie: Eugen Burg

Opernhaus

Mona Lisa.
Schauspielhaus
Ein halber Held.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne

Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Komödie der Liebe.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 Uhr: Und das Licht scheint in der Finsternis.
Freitag 7 Uhr: Von morgens bis mitternachts.

Kammerspiele.
7 Uhr: Gespenstersonate.
Freitag 7 Uhr: Der Sturm des Apostels Paulus.

Kleines Schauspielhaus
Fasanenstr. 1, Post 1
7 1/2 Uhr: Die Räuber der Paadora.
Freitag keine Vorstellung.

Königgrätzerstraße

Dir: C. Reinhardt-R. Bernauer
1 1/2 Uhr: Eselst.
Freitag: Zum ersten Male:
Purpurg. Schauspiel in drei Akten von Wien. Stücklein.
Sonntags: Westl.
Sonnt. am.: Der Katzensteg.
Sonntag abend: Purpurg.

Komödienhaus

an der Marschallbrücke
1 1/2 Uhr: Eselst.
Freitag: Erdgletsch.
Lulu: Maria Orska.
Sonntags: Eselst.
Sonntags: Erdgletsch.
Lulu: Maria Orska.

Berliner Theater

7 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten.

Frianon-Theater.

Blt. Friedrichstr. 218.
Nachm. 11 1/2 Uhr kl. Preis:
Rotkäppchen.

Der gute Ruf

von Hermann Sudermann.

Residenz-Theater.

5 1/2. Jannowstr. Kass. 220
Tgl. 8. H. H. H. H. H. H.
Eugen Burg

Der Lebensschüler

von Ludwig Fulda.
Sonntags, 1. Febr., 7 Uhr:
am ersten Male:
Das höhere Leben.

Theater der Friedrichstadt

Die Bescheid- u. Vornitzstr.
Herbst 1930.
Tgl. 7 1/2. Sonntag 11 1/2. H. H. H.
Drei tolle Tage.

National-Theater.

7 1/2. Prinzenliebe.

Walhalla-Theater.

7 1/2. Uhr:
August der Starke.

Rose-Theater.

Zum vorletzten Male!
7 1/2. Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Castig. d. Friedr.-Wilh. Theat.

Casino-Theater.

Schering. Gr. St. 11. 1 1/2. H. H. H.
Der erfolgreichste Schläger!
Die goldene Brücke.
Vorher erfolgreiche Spezialitäten
und die wertvollsten Bühnen.
Eig. 7 1/2. Friedr. auf Erden.

Luisen-Theater.

Letzte Aufführungen:
7 1/2. Uhr: Der Strom.
Sonntag 7: Der Strom.
Sonntag 11 1/2: Die Räuber.
Sonntag 11 1/2: Der Strom.

Winter-Garten

Täglich 7 1/2. Uhr:
Der große
Januar-
Spielplan
Rauchen gestattet!

Intimes Theater

am Nollendorferplatz.
Solowstr. 6. Litzow 1203.
Das neue
Januar-Programm.
Erstklassige
Spezialitäten.

Lessing-Theater

Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: Der König.
Sonntags, Sonntag: Der König.
Deutsches Künstler-
Theater.
Allabendlich 7 1/2. Uhr:
Nachtleuchung.

Circus Busch

Tgl. 7 1/2. 5. St. 3 1/2. u. 7 1/2.
Das große
Zirkus-Programm!
u. a. a. a.
SSARIB RADSCHURA
2 Roldans 2
2 Ballois 2
usw. — Zum Schluss:
Phantast. Pantom. „Oberon“
Freitag wegen Strom-
erparatura geschlossen.
Sonnt. 11 1/2. U. ein Kind frei!

Fledermans

Unter d. Linden 14
5-Uhr-
Tanz-Tee
7 Uhr abends
das
Große Programm

Reichshallen-Theater.

Allabendlich 7 1/2. Uhr u. d.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sängerg.

Admiralpalast.

Anfang 8 Uhr,
Sonntag 4 und 8 Uhr.
Ende 10 Uhr.
Prinzenliebe von Tragan.
Wer ist die Schöne?
Ein Stück.
Warme Speisen auf
allen 9-Plätzen.

Admiral-Kino

Stuart Webbs
24. Abenteuer.

Ausstellungshalle „ZOO“

Ausstellung
vollkommen eingerichtet
kleiner Familien- und
Wohnhäuser.
Eintritt 1 Mark.

Bücher-Lichtspiele

Bücherstr. 61.
Donnerstag, den 20. Januar:
„Gewundene Liebe“
Gross in 4 Akten u. 2. Teil.
„Die tolle Nanny“
Schönes Lustspiel.
Vom 21. Jan. bis 2. Febr.:
„Opfernde Liebe“
(3. Teil)

Uff. 11. Teil

Schönes Lustspiel in 3 Akten
Lb. Hauptrolle Gust. Kaiser-Til.
Tage des beliebigen Lustsp. 8 u. 12. H.
Gene auf d. Hamfertour
mit Kleben.
Anfang 6 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Jeden Sonntag 4 Uhr
Jugendvorstellung.

Marmorhaus

Direkt.: Siegfert Goldschmidt.
Unwiderfürlich letzter Tag

Marmorhaus

Direkt.: Siegfert Goldschmidt.
Unwiderfürlich letzter Tag

FERN ANDRA

in ihrem
Pitt
Der
Todessprung.
Um Krone u. Peitsche.

Eine Sensation!

6 u. 8

Theater für Donnerstag, den 30. Januar.

Central-Theater
7 1/2. Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus

7. Das Glückchen d. Eremiten.

Friedr.-Wilhelms-Th.

1 1/2. H. H. H. H. H. H. H.

Kleines Theater.

7 Uhr: Heuriette Jacovy.

Komische Oper

7 1/2. Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus

7 1/2. Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.

1 Uhr 10. Die Fasnachtssee.
Sonnt. 3 Uhr: Wiener Blut.

APOLLO Theater

Friedrichstr. 218.
Dir.: James Klein
7 1/2. Sonntags 3 1/2. 7 1/2.
Letzte Tage!
Persönliches Auftreten
Gilbert
das weltberühmte.
Kompo-
nisten
Das Rätsel. So wie das Dürke
Die große Variet-
Welt-Sensation! Programm.
Ab 1. Februar:
Die Abdankung des Maharadscha!
Große Variet-
schau mit
Sonntags 3 1/2. Uhr jed. Erwachs. 1 Kind frei.
Theaterk. ab 10 Uhr (ununterbr.) geöffnet!

Metropol-Kabarett

Behrenstraße 54-56.
Dir. Alex Brauns.
Kunstl. Leitung: Siegmund Flatow.
Das vorzügl. Januarprogramm
mit
Anni Wilkens-Schulhoff
Horwitz-Spiro u. Karl Stöhr
Rob. Nesemann, Elli Glöhner, Otto Röhr
Gyigyk-Konzerte.
Vorzügliche Küche und Getränke.
6 1/2. Uhr

Marmorhaus

Direktion: Siegfert Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

Marmorhaus

Direktion: Siegfert Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

„Theater in den Sophiensälen“

Sophienstr. 17-18. 9000.
Donnerstag, den 30. Januar, abends 7 1/2. Uhr:
Einsmalige Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen:
„Im weissen Rösel“.
Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal & Kadelburg.
Gleitsche... Hinz Gordon als Gast.
Vorverk. Sophiensäle u. Theaterkasse Tietz, Alexanderplatz.

Schiffersaal (Schiller-Theater Charlottenburg)

Eingang Bismarckstr. 116. Untergrundbahn. Knie.
bis inkl. Sonntag, 2. Februar, täglich Punkt 8 Uhr
H. H. H. H. H. H. H.
Marcell Salzer
Heitere Abende.
Karten: Wertheim, Schiller-Theater-Kasse u. Abendk.

Tüllstores

Gardine, Tülldecken verfügbar.
Pankow, Berliner Str. 26, II links.
130*

Verkaufserinnen

Lageristinnen, 100/14
Expeditinnen, 100/14
Reiseverkäuferinnen,
Schreibinnen
vermittelt höchsten Gehalts-
nachweis der Stadt Berlin,
Übers. für Familien-Personal,
Hilfsstr. 9 (3.). St. 2071-26.

Einzelne Stühle

Schönheit, Hausmädchen,
Hilfskräfte, jugendliche
Dienstboten. Zu erlangen
im Hotel-Schlüssel bei Stadt
Berlin, Abteilung für Haus-
personal, Eichenstr. 1, Belle-
Alliance-Platz 5, Germanen-
Küche 14. Kennzahl: 1 (am
Cresdamer Platz), Osnabr. 1
(am Kriminalgelände). Geöffnet
8-12, 4-7 Uhr. 11/3*

Verkaufserinnen

Lageristinnen, 100/14
Expeditinnen, 100/14
Reiseverkäuferinnen,
Schreibinnen
vermittelt höchsten Gehalts-
nachweis der Stadt Berlin,
Übers. für Familien-Personal,
Hilfsstr. 9 (3.). St. 2071-26.

Tüllstores

Gardine, Tülldecken verfügbar.
Pankow, Berliner Str. 26, II links.
130*

Alexanderplatz Skandinavia

Hermann Wehling - John May
vom Zirkus Busch
und das
Riesen-Programm.
Tanz-Palast
Rheinische Winterlauben.
Täglich großer Ball.
Ballet-Orchester:
Helmut Schmidt.

Unterhaltungs-Restaurant

Wien-Berlin

Jägerstraße 63a.
Ernst Walter x Viktor Ritter x Willi Lilie
x Georg Neumüller x Cl. Kaulung x
Kapelle Gustav Gottschalk
Beste gepflegte Weine x Vorzügliche Küche
Anfang 6 Uhr Eintritt frei.

Prachtsäle des Westens

(Untergrundbahn-
Nollendorfer Platz)
Coco Ballmann
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donner-
stag und Sonntag:
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr
Gr. Ball

Konzert-Café-Kabarett in Berlin O.

Spielplan vom 10.-31. Januar:
Lisa Fallender Davos - Duo
Lilli-Lilly Richard Heinemann
Kurt Roda Gerardo - Gerda
Hans Fallender
Die gute Musik. Tonkünstler-Konzert (10 Solisten).
Anfang an Wochenagen 8 1/2. Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Krankheiten Frauen und Mädchen

Wird ich unentgeltlich mit, wie ich von meinen langjährigen
Kolben (Blutarmut, Blau und Schicksalskinder
in langer Zeit fertig wird. Nützliche Erweise.
Frau Marie Besfel, Berlin, Nollendorfer Str. 23.

Mitarbeiter gesucht!

Die Deutsche Vereinigung für den Stolpe-Distrikt
sucht eine größere Anzahl gebildeter
deutscher Herren
aller Parteirichtungen, nicht unter 30 Jahre alt, die bereit
wären, nach Anweisung in Posen und Ostpreußen
organisatorisch zu wirken. Ostmärker bevorzugt!
Meldung mit Angabe der Parteistellung, unter Bei-
fügung eines Lebenslaufes, sowie Angabe von Empfehlungen
bitte zu richten an den Geschäftsführer der Deutschen
Vereinigung Geb. Regierungsrat Kleinow, Brom-
berg, Schleimstr. 18. 7200*

Geschäftsführerin.

Die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Haus-
angestellten sucht möglichst sofort eine
Geschäftsführerin.
Es wird nur auf eine agitatorisch und organisatorisch
tüchtige Kraft reflektiert. Meldungen sind schriftlich unter
„Bewerbung“ an Luise Käbler, Berlin SO 10, Engel-
ufer 21 III., zu richten. 450*

Meister

in dauernde Stellung. Verleihe nach in Bau und in der
Reparatur elektrischer Maschinen und Apparate, sowohl für
Gas- und Kabinenraum reiche Verbindungen dürfen, um
den obigen Verhältnissen mit Erfolg arbeiten zu können.
Angehörige mit Kenntnis der Gebäulichkeiten, des
Einrichtungs- und der bauseigenen Tätigkeit, bedient durch
Zeugnisbuchstaben, sind an unsere „Elektrotechnische Ab-
teilung“ zu richten. 120/11*

Hausierer

Inden gänzlich. überall ge-
brauchten Verbrauchartikel bei
H. Sonnenfeld, Berlin C.,
Kammarsantenstr. 94.
Sonntags 10-1 Uhr.
Soldaten
und verlegene Karte helter
bedient. Edelweiss und
Schadwurzverkauf. Gausen,
Südringstr. 49A. (14/25)

Damenhüte

Gros- und Kleinhändler
sowie Umkleen, Umkleen und
Taschen (Schmetterling, Regen,
Strap- und Korbmützen.
Hüllabrik Karl Friedrich,
Charlottenstr. 72, II. Hof 2. Etz.
Annahme auch im Zugehört
von Wilh. Klein, Charlottenstr. 66
(Radem). 1001*

!!! Geld !!!

für jede Verzinsung. Bisherige Ver-
zinsung für Geldscheine,
Reisen, Goldscheine,
Reise, Reisen u. m. W. u. m.
Friedrichstr. 14 III, H. d. R. 1302

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Berlin SW 68, Gutenbergstr. 114 II. 1303*

Strassenhändler

Sucht zum Verkauf einer neuen Zeitung. Mögliche Suche ver-
suchen 50 Mark täglich.
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.,
Berlin SW 68, Gutenbergstr. 114 II. 1303*

Um Freitag, den 21. Januar
1931, beginnt der Verkauf der
Reise. Butter und Butter-
schmalz. In der Lebensmittel-
waren 70 gr zum Preise von
36 Pf. versandt. Die W.
kann von Mittwoch, den 23.
Januar 1931, befristet abgeholt
eine Gültigkeit. 1332

Wichtigkeiten sind nach in
folgenden Geschäften verfügbar
Gros- und Kleinhandel für
Rheinland, Pfefferstr. 22,
Heife, Gartenfelderstraße,
Schöne, Hamburger Str. 108,
Wesit. Hamburger Str. 108,
Schöne, Segeleier Str. 22,
Wirtschaftsvereinigung, Ein-
menschen, Kattenburger-
allee 66. 1332

In der üblichen Hinsicht
sind nachstehend von 8-12
Uhr am, gegen Abempfang
der Fleischkarte 1 Hund ge-
laueres Kleintier zum Preise
von 7,50 M. bezogen werden.

Der Eisenhandlung wird
bringen unentgeltlich, möglichst
in dieser Woche Güte auf
Feld 1. der Fleischkarte zu be-
ziehen, da das Feld mit Auf-
lauf der Woche vorzuschieben
keine Gültigkeit besitzt. 1332
Sonntag, 27. Januar 1931.

Der Eisenhandlung wird
bringen unentgeltlich, möglichst
in dieser Woche Güte auf
Feld 1. der Fleischkarte zu be-
ziehen, da das Feld mit Auf-
lauf der Woche vorzuschieben
keine Gültigkeit besitzt. 1332
Sonntag, 27. Januar 1931.

Der Eisenhandlung wird
bringen unentgeltlich, möglichst
in dieser Woche Güte auf
Feld 1. der Fleischkarte zu be-
ziehen, da das Feld mit Auf-
lauf der Woche vorzuschieben
keine Gültigkeit besitzt. 1332
Sonntag, 27. Januar 1931.

Der Eisenhandlung wird
bringen unentgeltlich, möglichst
in dieser Woche Güte auf
Feld 1. der Fleischkarte zu be-
ziehen, da das Feld mit Auf-
lauf der Woche vorzuschieben
keine Gültigkeit besitzt. 1332
Sonntag, 27. Januar 1931.

STOFFE

Für
Möbel
Dekorationen
Mode
FRIEDMANN & WEBER
Berlin W
Buda est 7 8

Schweizer Herrenhüte

3 facts. Gabelst. sehr mit
preisw. Off. unter J. C. 1115 an
Knecht Mossa, Berlin SW. 19.

Trocknungsretter

Seifen- und
Papiergeschäften
sind einzuwenden. überall ge-
brauchten Verbrauchartikel bei
H. Sonnenfeld, Berlin C.,
Kammarsantenstr. 94.
Sonntags 10-1 Uhr. (14/25)

Zuschauhändler

für höchsten Preisversteigerung
loferi gelocht. Wilhelm-
straße 124, Ouedgeäude
part. links. 10000

Möbel

Schlafzimmer 675-650 M.
Speisezimmer 945-710
Herrenzim. 901-650
Wohnzimmer 735-620
Kücheneinricht. 367-1425
500 geglie. Einrichtungen
lieferfertig vorrätig.
franko-Lieferung Auf-
klar. Drucksaachen gratis.

Höfner

Möbel-Großhändler
Berl. 43. Veteraneenstr. 11-13

Strassenverkäufer

Inden gänzlich. überall ge-
brauchten Verbrauchartikel bei
H. Sonnenfeld, Berlin C.,
Kammarsantenstr. 94.
Sonntags 10-1 Uhr.
Soldaten
und verlegene Karte helter
bedient. Edelweiss und
Schadwurzverkauf. Gausen,
Südringstr. 49A. (14/25)

Damenhüte

Gros- und Kleinhändler
sowie Umkleen, Umkleen und
Taschen (Schmetterling, Regen,
Strap- und Korbmützen.
Hüllabrik Karl Friedrich,
Charlottenstr. 72, II. Hof 2. Etz.
Annahme auch im Zugehört
von Wilh. Klein, Charlottenstr. 66
(Radem). 1001*

!!! Geld !!!

für jede Verzinsung. Bisherige Ver-
zinsung für Geldscheine,
Reisen, Goldscheine,
Reise, Reisen u. m. W. u. m.
Friedrichstr. 14 III, H. d. R. 1302

Strassenhändler

Sucht zum Verkauf einer neuen Zeitung. Mögliche Suche ver-
suchen 50 Mark täglich.
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.,
Berlin SW 68, Gutenbergstr. 114 II. 1303*

Das preußische Wahlergebnis.

Endresultate in den Wahlkreisen.

Die Mandate der einzelnen Parteien, deren Gesamtzahl wir in der gestrigen Abendausgabe bereits mitteilten, verteilen sich auf die einzelnen Wahlkreise wie folgt:

1. Ostpreußen: Deutschnationale 8, Christliche Volkspartei 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 4, Sozialdemokraten 10 Sitze.
2. Westpreußen: Deutschnationale 4, Christliche Volkspartei 2, Demokraten 5, Sozialdemokraten 6 Sitze.
3. Berlin: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 1, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 3, Sozialdemokraten 8, Unabhängige 6 Sitze.
4. Potsdam 1-8: Deutschnationale 8, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 8, Sozialdemokraten 6, Unabhängige 2 Sitze.
5. Potsdam 9: Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 2, Sozialdemokraten 5, Unabhängige 2 Sitze.
6. Frankfurt a. O.: Deutschnationale 8, Demokraten 3, Sozialdemokraten 6 Sitze.
7. Pommern: Deutschnationale 5, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 8, Sozialdemokraten 7 Sitze.
8. Vorpommern (Resultat steht noch aus.)
9. Breslau: Deutschnationale 8, Christliche Volkspartei 4, Demokraten 2, Sozialdemokraten 9 Sitze.
10. Oppeln: Deutschnationale 1, Christliche Volkspartei 11, Demokraten 1, Sozialdemokraten 7, Unabhängige 2 Sitze.
11. Siegnitz: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 1, Demokraten 8, Sozialdemokraten 6 Sitze.
12. Magdeburg: Deutschnationale 1, Demokraten 4, Sozialdemokraten 7 Sitze.
13. Merseburg usw.: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 1, Demokraten 5, Sozialdemokraten 3, Unabhängige 8 Sitze.
14. Schleswig-Holstein: Deutschnationale 1, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 5, Sozialdemokraten 8, Bauerndemokraten 1 Sitze.
15. Rurich usw.: Christliche Volkspartei 9, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 3, Sozialdemokraten 2, Welfen 2 Sitze.
16. Hannover usw.: Christliche Volkspartei 8, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1, Sozialdemokraten 9, Welfen 4 Sitze.
17. Münster usw.: Deutschnationale 1, Christliche Volkspartei 10, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 1, Sozialdemokraten 3 Sitze.
18. Braunschweig: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 7, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 2, Sozialdemokraten 10, Unabhängige 1 Sitze.
19. Hessen-Rheingau: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 5, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 5, Sozialdemokraten 9 Sitze.
20. Rhenland-Pfalz: Christliche Volkspartei 12, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 1, Sozialdemokraten 5 Sitze.
21. Koblenz usw.: Christliche Volkspartei 12, Demokraten 2, Sozialdemokraten 4 Sitze.
22. Düsseldorf 1-5: Deutschnationale 8, Christliche Volkspartei 5, Demokraten 2, Sozialdemokraten 5, Unabhängige 3 Sitze.
23. Düsseldorf 6-12: Deutschnationale 1, Christliche Volkspartei 9, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 1, Sozialdemokraten 4 Sitze.

Eine reaktionäre Insel.

Am 20. Januar tagte die Hauptversammlung der Provinzialparlamentarier für die Provinz Brandenburg. Wichtigste in dieser Körperschaft können sich die mächtigsten Juncker noch ein ungebrochenes Stillsitzen geben und sie machten von dieser Gelegenheit den vorausgesetzten Gebrauch. Der Vorsitzende Graf v. Schulenburg-Grünthal hielt eine nachträgliche Kaisergeburtstagrede, die in eine Guldigung für den Kaiser ausklang und deren Schwung nur durch den Umstand getrübt wurde, daß der Redner den Vordr. zitierte: „Wir sind Bauern vom geringen Gut, und dienen unserm Markgrafen mit unserm Gut“, was auf die Herren Großgrundbesitzer doch nicht so ganz zu passen scheint, wie meinen dabei die „Bauern von geringem Gut“, Oberpräsident v. Köberl, der mit einem Stabe von Beamten der Tagung bewohnte, wäre nicht er selbst gewesen, wenn er nicht in tiefer Stimmung für die „von Herzen kommenden Worte des Vorsitzenden“ gebunkelt hätte. — Im weiteren Verlauf der Tagung lagte der Hauptgeschäftsführer Dr. Seedorf über die übermäßigen Forderungen der Landarbeiter und Dr. Köstke vom Stand der Bauernredner über den schlechten Wahlausfall auf dem Lande. Man hätte sich fast erwidern können, noch im alten Preußen zu leben.

Die soziale Reform im neuen Deutschland.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt gestern in Berlin eine außerordentliche Hauptversammlung ab, um „zu der neuen Lage Stellung zu nehmen“. An den Verhandlungen nahmen auch Vertreter von Behörden des Reiches, mehrerer Bundesstaaten und der Groß-Berliner Gemeinden teil. Staatsminister a. D. Dr. v. Gerlach hielt einen Vortrag über: Die Zukunft der Gesellschaft für soziale Reform. Aus ihrer Entstehung und Entwicklung, ihren bisherigen Bestrebungen und Leistungen folgerte er die Notwendigkeit, auch im neuen Deutschland ihre Arbeiten fortzuführen. Sie fühle in sich den Willen und die Kraft, ihre Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen und eine Stütze der sozialen Reform zu bleiben. Allerdings sind, führte der Redner aus, die Verhältnisse jetzt von Grund aus geändert. Früher war es unsere Aufgabe, die Regierung zu drängen und zu lehren. Seit der Revolution und zum Teil schon vor ihr hat sie sich das gewandelt. Aber eine Vereinigung, wie die Gesellschaft für soziale Reform, die frei von amtlicher Beeinflussung sozialpolitische Aufgaben löst und begründet, ist auch für eine die Sozialreform übernde Regierung wünschenswert und notwendig. (Starker Beifall.)

Der stellvertretende Generalsekretär Dr. Seyde berichtete über die vom Ausschuss für Arbeitsrecht gelieferten Arbeiten zur Reform des Koalitionsrechts. Dem Ausschuss haben unter anderem auch unsere Genossen Legien und Dr. Heilmann angehört. Die sozialistische Regierung sei, führte Dr. Seyde aus, sofort zur Abschaffung des Verbandsverbotes und zur Erweiterung des Koalitionsrechtes geschritten. Aber man braucht noch eine Sicherung des Koalitionsrechtes gegen immerhin mögliche Rückschläge und gegen Restriktionen der Rechte. Redner gab eine Rede über die vom Ausschuss empfohlenen Gesetzesänderungen. Im Strafgesetz fordert der Ausschuss vor allem eine neue Fassung des Expressionsparagrafen, die eine Verurteilung der Streikandrohung als Verbrechen ausbleibt. Den Paragraphen vom groben Ungehorsamlich gegen Streikposten zu verwenden, soll keine Festsetzung des Vergehens (Schädigung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung durch ununterbrochene Besetzung des Publikums) unmöglich machen. Gegen Streiks in gemeinnützigen Betrieben darf bei der Strafrechtsreform keine strafrechtliche Bestimmung getroffen werden. Durch Reichsgesetz ist der Polizei die Möglichkeit zu nehmen, Schutzmaßnahmen gegen solche zu unternehmen. Mißbräuche der Streikposten gegen Streik- und Schutzposten und der Polizeiaktionen gegen Verwaltungen sind zu unterbinden, das Verbot- und Teilnahmeverbot ist freierlich zu regeln. Die noch bestehenden Polizeigesetze einzelner Staaten, die sich gegen Landarbeiter oder Bedienstete richten, sind aufzuheben. Zu fordern ist die Rechtsabgabe der Koalitionen in allen den Tarifverträgen angehenden Angelegenheiten, in dem gleichen Ausmaß die Aufhebung des § 163 Abs. 2 der Gewerbeordnung. Das Koalitionsrecht muß unentziehbares Persönlichkeitsrecht im Sinne des § 823 Abs. 1 werden. Der Anspruch aus unerlaubter Handlung nach § 823 ist im Koalitionskampf auf den Fall zu beschränken, daß der Zweck der Kampfhandlung gegen ein geschäftliches Verbot verkehrt.

In der Diskussion berührte Genosse Dr. Quard das Interesse der Sozialpolitik an der neuen Reichsverfassung. Er forderte eine zentralisierte Behaltung der Reichsregulativen in der Sozialpolitik. Gerade auf dem Verfassungsgebiete sei die Hervorhebung der sozialpolitischen Gesichtspunkte zu vermehren. Prof. Lönneke hält die Gesellschaft für soziale Reform besonders jetzt für unentbehrlich. Fragen, deren Beobachtung und Klärung zu ihren Aufgaben gehört, seien zum Beispiel der Arbeitstag und die Sozialversicherung. Als Vertreter des auswärtigen Amtes wies Legationrat Dr. Eckardt darauf hin, daß bei den Friedensverhandlungen die Regelung des internationalen Arbeitstages von großer Bedeutung sei. Prof. Sombart führte aus: Wir müssen uns neu einstellen. Die Gesellschaft für soziale Reform ist gegründet worden, in einer individualistisch orientierten Gesellschaft den Arbeiter in seinem Kampf mit dem Unternehmer zu stärken. Der von Dr. Seyde gebrauchte Ausdruck „heiliges Recht zum Streik“ ist nicht individualistisch gedacht. Es gibt nur ein „heiliges Recht“ — das ist das Gemeinwohl. Dies ist der sozialistische Grundgedanke, und nach ihm müssen wir uns neu orientieren. Ein „heiliges Recht zum Streik“ in einer sozialistischen Gesellschaft anzuführen, ist ein Widerspruch in sich. Neue Probleme steigen für uns auf in dem Augenblick, wo die Gesellschaft daran geht, sich neu zu organisieren, wo die Arbeiter aufstehen, als Klasse gegen eine andere Klasse zu kämpfen, wo sie selber die Gesellschaft sind. Wegen Sombart wandten sich mehrere Redner, Ingenieur Schweitzer, Vorstandsmittler des Bundes der technisch-industriellen Beamten, ermahnt harte wirtschaftliche Kämpfe zwischen Handarbeitern und Kapitalgebern. Ihm erwiderte Quard als Vertreter der Generalverwaltung der Gewerkschaften, gewiß werde es auch in der sozialistischen Gesellschaft noch Kampf geben, aber nicht „Kampflust“, wie Sombart. Sombart erwiderte vom Gewerksverein der Metallarbeiter, daß gerade Arbeiter seit der Revolution die Koalitionstreue anderer Arbeiter mit Ähren gezeichnet hätten, so daß man schon des heiligen Rechtes der Koalition fordern müsse. Den abschließenden Bemerkungen über die Wahlen der Revolution trat Dr. Quard entgegen.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Tagung wird heute fortgesetzt.

Neue Aufreizung zur Gewalt.

Ein Flugblatt des Roten Soldatenbundes.

Der Rote Soldatenbund verbreitet neuerdings in Berlin Flugblätter, in denen ganz offen eine Wiederholung der gewalttätigen Erhebung gerechtfertigt wird. Und zwar appelliert das Flugblatt nicht an die moralischen, sondern lediglich an die militärischen Wachtmittel der spartakistischen Partei der Arbeiterschaft. Das zeigen folgende Sätze:

Der Tag der Abrechnung naht. Was uns fehlt, war die Geschlossenheit! In der Unsicherheit der Leitung und in dem Verlagen der organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte ist die Schlappe begangen. Die militärischen Kräfte müssen einheitlich zusammengefaßt und ausgenutzt werden.

Durch die Verhandlungen gewannen die Regierung Selbst, konnte ihre Kräfte sammeln und zum Schluß ausbrechen.

Die Verhandlungen stürzten die Aktionsfähigkeit des Proletariats und trugen Verwirrung in unsere Reihen. Nur heißt es, neu zu rücken und unsere Aufgaben klar zu übersehen.

Alle waffenfähigen Proletarier sind zusammenzufassen. Diese Kräfte militärisch gegliedert, sind eine unbesiegbare Macht.

Man muß es dem Roten Soldatenbund lassen, daß er den Geist des Militarismus gründlich verstanden und in sich aufgenommen hat. Das zeigt sich schon darin, wie Verhandlungen als militärisch ungewöhnlich abgelehnt werden. Genau ebenso, ja, fast mit denselben Worten, haben die junkerlichen Generale des alten Systems gegen Verhandlungen mit dem Feinde geeifert. Was sagt übrigens die „Freiheit“ dazu, die stets der Regierung vorgerufen hat, sie habe nicht verhandeln wollen. Jetzt zeigt sich, wer Verhandlungen ablehnt!

Im übrigen verdient dieser Appell an die nackte Gewalt sorgfältig festgehalten zu werden. Damit sich seine Urheber nämlich nicht beschwerten, wenn ihnen mit den gleichen Mitteln entgegengetrieben wird.

Maßregeln gegen die Wohnungsnot.

Bezirkswohnungsamtsmitte mit weitgehenden Vollmachten.

Zur Behebung der dringenden Wohnungsnot hat die Reichsregierung am 15. Januar auf Anregung des neuen Reichs- und Staatskommissars für das Wohnungswesen eine Verordnung erlassen, daß zur schnellen Durchführung der Unterbringung obdachloser Familien für die Übergangzeit Bezirkswohnungsamtsmitte mit sehr weitgehender Vollmacht gestellt werden können. Für Preußen sind sofort von dem Staatskommissar für das Wohnungswesen die Regierungspräsidenten als Kommissare bestellt worden. Diese Wohnungsamtsmitte sind in der Tat befugt, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, und sogar geschäftliche Vorschriften außer Kraft zu setzen, wenn es gilt, schnellere Wohnungen zu errichten. Der Bezirksamtskommissar kann sich das nötige Material erforderlichenfalls durch Enteignung beschaffen. Auf den Krieg zurückgehende Berechtigungen braucht er bei der Bemessung der Entschädigung nicht zu berücksichtigen. Daneben kommt die Bestellung von Sachverständigen und für die Errichtung von Behelfsbauten, Baracken, Lauben und dergleichen die Zwangsmaßnahme bis zur Dauer von 90 Tagen in Betracht. Diese Zwangsmaßnahme ermöglicht auch den Schutz der Laubenziseln gegen willkürliche Preissteigerungen. Am wichtigsten ist aber die Befugnis des Wohnungsamtsmitte, alles selbständig zu bestimmen, wenn Gemeinden oder Kreisbehörden sich nicht binnen kürzester Frist mit den Bauarbeiten einigen. Alle Streitigkeiten wegen Straßendauer und Teilnahme an Gemeinde-, Kirchen- und Schullagen, die sonst das Bauwesen auf Jahre verzögern, werden jetzt binnen wenigen Tagen durch den Bezirksamtskommissar geregelt werden. Endlich erhält der Kommissar das Recht, Zielobjekte zwangsweise wieder in Betrieb zu setzen und natürliche Baustoffe, Holz, Lehm, Kies, Sand usw. zu enteignen. Zugestanden zu verbieten, um überhaupt mit allen Mitteln die Befriedigung von Klein- und Mittelwohnungen zu fördern.

Die Befugnisse der Kommissare sind also praktisch unbegrenzt. Es hängt von den Personen ab, wie sie durchgeführt werden. Kögen sie von ihren großen Nachmitteln einen vernünftigen, aber nachdrücklichen Gebrauch machen.

Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen.

An alle Kollegen und Kolleginnen!

Die Verhandlungskommission des Arbeiterausschusses der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen hat auftragsgemäß die vom Arbeiterausschuss beschlossenen Forderungen der Reichsbehörden vorgelegt:

1. Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage (Vorfahrungs- und Entschädigungszulage) in Höhe von 500 M. für verheiratete, 300 Mark für unverheiratete Angestellte nebst einem Zuschlag von 50 M. für jedes Kind.
2. Anerkennung der Befugnisse der Angestelltenausschüsse.
3. Anerkennung der Richtlinien vom 9. Dezember 1918 betr. Entlassung von Angestellten und Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern.
4. Tarifliche Regelung der Gehälter.

Am Montag, den 27. d. M. fand im Reichshof eine Verhandlung mit den zuständigen Behörden und den Geschäftsführern der Kriegsorganisationen statt, welche kein Ergebnis ergab. Die Fortsetzung sollte am Mittwoch, den 29. d. M. stattfinden. In dieser Sitzung bekritten die Geschäftsführer die Legitimation der Verhandlungskommission der Angestellten und kolonialen Verhandlungen ab. Was nach der ersten Sitzung von den Angestelltenvertretern demutet wurde, hat sich jetzt bestätigt. Man will auf Seiten der Geschäftsführer und der Behörden die Verhandlungen verwickeln. Die Fortsetzung sollte am Mittwoch, den 29. d. M. stattfinden. In dieser Sitzung bekritten die Geschäftsführer die Legitimation der Verhandlungskommission der Angestellten und kolonialen Verhandlungen ab.

Was nach der ersten Sitzung von den Angestelltenvertretern demutet wurde, hat sich jetzt bestätigt. Man will auf Seiten der Geschäftsführer und der Behörden die Verhandlungen verwickeln. Die Fortsetzung sollte am Mittwoch, den 29. d. M. stattfinden. In dieser Sitzung bekritten die Geschäftsführer die Legitimation der Verhandlungskommission der Angestellten und kolonialen Verhandlungen ab.

Erscheint in Masken! Wahrt Eure Interessen! Der Arbeiterausschuss (Allgemein-).

Republik Rheinland-Westfalen?

Erfurt, 29. Januar (Tel.-Ber.). Die Frage der rheinisch-westfälischen Republik ist der Entscheidung so nahe gerückt, daß bereits jetzt näheres über deren Gestaltung mitgeteilt werden kann. Wie aus bestunterrichteter Quelle verlautet, wird versucht werden, folgende wirtschaftlich und landschaftlich eng zusammenhängende Gebiete zu einer neuen Staatseinheit zusammenzufassen: Rheinland und Westfalen mit Anschluß von Ostpreußen im Norden und Ost- und Westfalen-Rheinland, sowie der Pfalz im Süden und Westen. Als Hauptstadt kommt Köln in Betracht.

Kranz Wehring. Im Nachruf unseres gestrigen Abendblattes für Kranz Wehring soll es richtig heißen: „Wir ihm stand der letzte Klassiker der deutschen Prosa“ (nicht Poetik).

„Dokumente der Schande.“

Aus den Briefen eines „Enthüllers“.

In der „Freiheit“ veröffentlicht Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg unter dem Titel „Dokumente der Schande“ eine Reihe von Urkunden aus dem Reichstag der Berliner politischen Polizei. Er fügt ihnen einen Kommentar hinzu, der seiner Logik keine Ehre macht. Wenn ein Schuhmann höherer oder niedriger Ordnung in der Zeit des alten Regimes bei der Verfassung von Reklamationsgesuchen seine Amtspflichten verließ, indem er die Entscheidung davon abhängig machte, ob es sich um ein Mitglied der sozialdemokratischen — aber der unabhängigen Partei handelte, so ist das nach Herrn Weinberg eine Schande nicht für das alte Regime, sondern — für die Sozialdemokratie. Herr Weinberg desoluntieri — am Schluß seines Artikels frei nach Deobour zu sagen: „Die im vorliegenden mitabgegebenen Schriftstücke dürften auch dem Mindesten die Augen öffnen, in welcher Weise diejenigen, die sich jetzt als Kämpfer der Revolution aufspielen, jahrelang Ruchlosigkeit des Belagerungsstandes gewesen sind.“

Diese Bemerkung ist im Munde des Herrn Weinberg noch schamloser, als sie es in dem jedes anderen gewesen wäre. Herr Weinberg war während des Krieges noch einem märkischen Städtchen eingezogen und sitzt unter Unlauterheit und anderen Qualitäten der Militärbehörde. Er man wandte er sich mit ungeschickten Briefen, um eine Wendung seines Schicksals herbeizuführen? An einen — Abgeordneten der Sozialdemokratie, also einen „Kämpfer des Belagerungsstandes“. Und die Briefe des Herrn Weinberg, „Dokumente der Schande“ für ihn, lassen deutlich erkennen, daß er an dem Reichsbrauche des Belagerungsstandes gern teilhaben wollte. Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten seinen Fall im Reichstage zur Sprache gebracht. „Einen Vorteil habe ich davon bisher nicht verspürt“, schreibt Herr Weinberg, „aber im Gegenteil“. Und darum legt er dem Abschluß immer wieder die Bitte an Herz, bei den zuständigen militärischen Stellen die Ubergabe zu erwirken, daß er und die sozialdemokratische Fraktion sich für die Sache des Herrn Weinberg interessieren. „Das wird Wunder wirken“, schreibt Herr Weinberg. Die Fürsprache des von Herrn Weinberg angebotenen Genossen hat Erfolg gehabt. Herr Weinberg hat ihm in überhörenden Worten seine Dankbarkeit versichert. Er beweist sie durch Beschimpfungen, die ebenso unnützlich, wie gemein sind.

Neue Behinderung der Kohlentransporte.

Der eingetretene Frost hat leider den Kohlentransport von Oberbayerien (Aol) her erheblich gehindert. Auf dem Wasserwege können bis vor wenigen Tagen noch eine größere Anzahl mit Kohlen beladener Ozeandampfer nach Berlin. Die Wasserstände waren bisher, wie von Winterdauern verlobt wird ungewöhnlich gut und ermöglichten eine verhältnismäßig rasche Verladung, ohne daß man geneigt war, sich der Schlepplöße zu bedienen. Das praktische der letzten Tage hat den Verkehr zu Wasser bereits fast gestoppt, nunmehr ist zu erwarten, daß der Schiffsverkehr wegen Vereisung der Gewässer einstellend werden muß. Bei den jetzt herrschenden Beförderungs-schwierigkeiten muß man dies als ein Unglück betrachten. Jedenfalls wird die ohnehin schon katastrophale Kohlennot hierdurch noch erheblich vergrößert.

Gewerkschaftsbewegung

**Der Streik der Straßenbahn-Werkstatt-
arbeiter vor dem Einigungsamt.**

Gestern vormittag verhandelte das Einigungsamt unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz über die Forderungen der Streikenden. Obmann vom Transportarbeiter-Verband begründete die Forderungen. Es handelt sich darum, daß dem technischen Personal eine einmalige Zulage von 100 bis 500 M. bewilligt wird, wie sie das Fahrpersonal auf Grund der letzten Vereinbarungen erhalten hat. Aber nicht aus diesem Grunde fordert das technische Personal die einmalige Zulage, sondern aus Not, denn es machen sich Neuanstellungen an Bedarfsgegenständen nötig, die von den laufenden Lohnverhältnissen nicht bestritten werden können.

Barat Otto erklärte als Vertreter der Direktion, die Forderung könne grundsätzlich nicht bewilligt werden. Als die 10 stündige Arbeitszeit auf 8 Stunden verkürzt wurde, habe das technische Personal, um eine Entschädigung für den Lohnausfall zu bekommen, am 19. Dezember Lohnzuschüsse auf 2,20-2,80 M. gefordert. Die Direktion habe diese Forderungen späterer Verzins bewilligt, denn sie fürchte, das Fahrpersonal werde dann auch weitere Forderungen stellen. Das sei dann auch am 8. Januar geschehen. Bei dieser Gelegenheit sei die Forderung einer einmaligen Zulage zurückerstattet worden, weil es in seinem Einkommen schlechter gestellt sei als das technische Personal. Im Jahre 1918 habe ein Oberkassierer ein Einkommen von 2811 M., ein Handwerker 2423 M., ein Vorarbeiter im Bau (der viele Überstunden und Nacharbeit leistete) 2860 M., ein ungelernter Arbeiter 2403 M. gehabt. Diese Forderung werde jetzt nur mit Rücksicht darauf gestellt, daß das Fahrpersonal die einmalige Zulage erhalten habe. Bei den angesehnen Jahreseinkommen sei allerdings zu berücksichtigen, daß die betreffenden Arbeiter Überstunden in größerer Zahl geleistet haben. Das Jahreseinkommen der Fahrer habe im Jahre 1918 3538-3787 M. und das der Schaffner 3328-3450 M. betragen. Nachdem der Rückschlusstag für das technische Personal einsehend sei, belaufe sich das Jahreseinkommen der davor angeführten Arbeiter auf 2968 M. beim Oberkassierer, 2200 M. beim Handwerker, 2386 M. beim Vorarbeiter im Bau, 2608 M. beim ungelernten Arbeiter. — Der Streik sei vom Raum gebrochen. Nach Zeitungsberichten habe die Organisation diesen Streik nicht gelöst. Jetzt werde mit dem Sympathiestreik des Fahrpersonals gedroht. Diese Drohung lasse die Direktion praktisch gleichgültig, denn morgen oder übermorgen werde der Verkehr so wie so eingestellt werden müssen, weil es keine betriebsfähigen Wagen mehr gebe,

denn Reparaturen können ja infolge des Streiks nicht ausgeführt werden. Zweck sei der Sympathiestreik aber nicht gleichgültig, denn er würde gegen die Vereinbarungen, also gegen Treu und Glauben verstoßen. Wer durch Stilllegung des Verkehrs neues Geld bringe das viel gepöbelte Berlin bringen wolle, der müsse es vor seinem Gewissen verantworten.

Einige Mitglieder der Arbeiterkommission wandten sich gegen die Angaben des Barats Otto. Sie wiesen darauf hin, daß sich das Jahreseinkommen für 1918 doch nicht feststellen lasse, denn die jetzigen Lohnsätze würden ja abgebaut werden, sobald die Lebensmittelpreise sinken. Bei den angesehnen Löhnen aus dem vorigen Jahr sei zu bedenken, daß sie nur durch sehr viele Überstunden erreicht wurden. In einer Woche mußten 6 Tages- und 4 Nachtschichten gemacht werden. Das galt als normale Arbeitszeit. Bei solchen Leistungen seien die Kräfte der Arbeiter derzeit verbrannt, daß sie ihren ganzen Verdienst für Lebensmittel ausgeben mußten und keine Anschaffungen machen konnten. Während der Kriegsjahre, wo so hohe Anforderungen an die Arbeiter gestellt wurden, sei ihnen immer gesagt worden, sie sollten nur aushalten, nach dem Kriege würden ihre Verhältnisse verbessert werden. Jetzt aber lehne die Direktion ihre Forderungen ab. Die Arbeiter hätten während der Kriegsjahre Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, alles verbraucht und bedürften jetzt der Zulage, um die notwendigsten Anschaffungen zu machen. Von einem streiklosen Streik könne keine Rede sein.

Ein Arbeiter führte an, er habe 1918 in einem Monat jede Woche 62-64 Tages- und 31-33 Nachtschichten gearbeitet. In einem Monat des Jahres 1918 habe er jede Woche 63 Tages- und 32-34 Nachtschichten gearbeitet.

Dietrich (Vertreter des Metallarbeiterverbandes) bemerkte, es sei nicht richtig, daß die Organisation gegen den Streik sei. Sie habe noch nicht Gelegenheit gehabt, zu dem Streik Stellung zu nehmen, denn sie sei durch seinen Ausbruch überrascht worden.

Schumann (Vertreter des Transportarbeiterverbandes) sagte, die Direktion wolle es auf eine Machtprobe ankommen lassen. Wenn es jetzt zu einer Verständigung komme, ohne daß das Fahrpersonal in den Sympathiestreik trete, so sei bestimmt zu hoffen, daß die Verkehrsinstitute aus den Schwierigkeiten heraus seien und weitere Störungen nicht zu befürchten wären. In dieser Richtung würde dann die Organisationen ihren Einfluß geltend machen können. Die Direktion sollte die Forderung nicht grundsätzlich ablehnen, dann würde eine Verständigung erzielt werden. Komme es nicht dazu, dann trete das Fahrpersonal in den Sympathiestreik, denn es sei der Ansicht, daß es sich für die Direktion nicht um eine Geld-, sondern um eine Rechtsfrage handele, und daß zu befürchten sei, den Arbeitern sollten die Errungenschaften der Revolution genommen werden. Ein Streik des Fahrpersonals könnte auch auf andere Verkehrsinstitute übergreifen. Deshalb sei eine Verständigung geboten.

Barat Otto verwahrte sich dagegen, daß die Direktion eine Machtprobe veranstalten wolle.
Um 1/2 12 Uhr zog sich das Einigungsamt zur Beratung zurück.

Nach längerer Beratung gab das Einigungsamt folgenden Schiedsspruch ab:

Bei den bisher gezahlten Löhnen erscheint die geforderte einmalige Zulage nicht am Platze.

Nachdem sich aber die Arbeitgeberin bereit erklärt hat, den Kriegsteilnehmern unter dem technischen Personal eine einmalige Zulage zu erteilen und die Arbeiter den Wunsch ausgesprochen haben, die ausgeworfene Summe möchte auf alle verteilt werden, wird empfohlen, diese Summe auf 800 000 M. festzusetzen und sie bei der übernächsten Lohnzahlung, nach den Vorschlägen der Arbeiter verteilt, auszugeben.

Die Arbeit ist am 30. Januar wieder aufzunehmen.

Einer massenhaft besuchten Versammlung der Streikenden, die gestern nachmittags im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, legte die Verhandlungskommission den Schiedsspruch vor und empfahl dessen Annahme.

Ein Diskussionsredner bemerkte, im Jahre 1918 habe ein Arbeiter in 4000 Stunden 5500 M. verdient. Auf die Arbeitskunde berechnet, ergebe das einen nur geringen Lohn (etwa 1,30 M.). Nur durch eine große Zahl von Überstunden komme ein verhältnismäßig gutes Jahreseinkommen heraus.

Die Versammlung nahm den Schiedsspruch gegen 1 Stimme an.

Nach einer Wolff-Rede sind die in zwei Ausbesserungsarbeiten der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten 640 Arbeitern in den Austausch getreten, weil ihnen die geforderte sogenannte Entschuldigungszulage von je 500 Mark nicht zugewilligt wurde.

Zur Streikbewegung in der Mitteldeutschen Kreditbank.

Die Mitteilung einer Zeitung, wonach der Konflikt in der Mitteldeutschen Kreditbank durch das Entgegenkommen der Direktion gegenüber den Forderungen der Bankbeamten beigelegt ist, ist verfrüht. Bisher hat sich eine Einigung nicht erzielen lassen. In den Diensttag bis in die späten Nachstunden hinein erfolgten Verhandlungen zwischen Direktion und Aktionsausschuß hat sich die Direktion lediglich bereit erklärt, eine Anwartschaft von 500 M. für die verheirateten und 300 M. für die ledigen Beamten zu bewilligen.

Heber die Forderung, das monatliche Mindestgehalt auf 250 M. einschließlich der Zulagen festzusetzen, ebenso über alle anderen Punkte wurde keine Einigung erzielt. Gestern nachmittags 5 Uhr wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Für den Fall, daß sich eine Einigung nicht erzielen läßt, hat der Klammernverband der Deutschen Bankbeamten die Vermittlung des Reichsarbeitsrates angefordert. Sollten auch diese Verhandlungen resultatlos verlaufen, dann dürfte der Streik unvermeidlich sein. Unterdessen fährt die Direktion in ihren Bemühungen fort, in Verkennung der Sachlage durch Versprechungen und Drohungen die Gefühlsregung der Aktion zu machen. Sie sollte sich fragen, ob der drohende Streik nicht durch die von ihr betriebene Sorge gegen die Organisation vermieden werden kann, dazu ist die Beamtenschaft der M. K. B. so stark organisiert, sondern nur durch verständnisvolles Einsteigen auf die berechtigten, sehr bescheidenen Forderungen der Angestellten.

Der Angestelltenrat der Mitteldeutschen Kreditbank

erklärt zu den in der bürgerlichen Presse seitens der Direktion insinuierten Mitteilungen über die Gehaltsbewegung der Angestellten, daß die darin enthaltenen Darlegungen den Tatsachen in fast allen Fällen nicht entsprechen.

Es ist nicht richtig, daß den Angestellten „erschreckliche Jungeheime“ gemacht worden sind. Vielmehr ist in den letzten Kriegsjahren nur eine relative minimale Ausbesserung der Einkommen erfolgt. Es stimmt nicht, daß „namentlich bei den kleineren Gehältern beträchtliche Gehaltssulzen“ gewährt wurden; sondern es befinden sich in unferen Reihen eine nicht geringe Anzahl von verheirateten Angestellten, die noch heute Gehälter empfangen, die selbst eine einermäßigen anständigen Lebensführung in Friedenszeiten nicht ermöglichen, geschweige denn bei den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen. Sogar stimmt es, daß von unserer Direktion Zulagen gewährt wurden, die den laufenden Zulagen anderer Banken ungleichmäßig entsprechen.

Bei der von uns geforderten Gehaltserhöhung von 100 Proz. gegenüber den Gehältern bei Ausbruch des Krieges ist es selbstverständlich, daß eine so hohe Ausbesserung der höheren Gehälter (die übrigens nicht viel größer als die des Straßen- oder Hochbahnpersonals sind) nicht verlangt wird.

Wir sind jederzeit bereit, das uns zur Verfügung stehende Material der breitesten Öffentlichkeit zu übergeben, da aus demselben hervorgeht, daß die Anwendung der unerschöpflichen Mittel die einzige Möglichkeit für uns ist, um unsere geradezu trostlose Lage zu verbessern. Bei allen unseren Forderungen sind wir in erster Linie darauf bedacht, den kleinen Gehaltsempfängern zu helfen. — Daß unsere Sache gerecht ist, beweist unserer Ansicht nach am besten, daß die meisten höheren Gehaltsempfänger sich solidarisch mit der übrigen Beamtenschaft erklären haben.

Die Schuld an der zusehenden Lage trägt nicht die Beamtenschaft, sondern einzig und allein unsere Direktion, welche dem Angestelltenrat in der letzten Verhandlung erklärte, daß weitere Verhandlungen über immer dieselben Punkte zwecklos, da ihre Zeit „zu kostbar“ wäre.

Sollte die Direktion nunmehr infolge unserer Geschlossenheit doch den Willen haben, mit uns zu verhandeln, ohne von vornherein unsere Forderungen abzulehnen, so beschränken wir dieselbe auf lebhafteste, da wir uns der schweren Fälligkeit des Wirtschaftslebens bei dem Eintritt in den Streik voll bewußt sind.

In einer von Besoldungs-Instanzungsamt des Gardekorps flugschindenden Betriebsversammlung wurde Et Anna genominen gegen die vom Oberkommando in den Marken heftigste Lohnreduzierung für Handarbeiter sowie ungelernete Arbeiter

und Arbeiterinnen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklären die Versammelten, sich von ihrem Lohn auch nicht einen Pfennig abziehen zu lassen. Sie beauftragen den Arbeiter- und Betriebsrat, auf dem Wege gütlicher Verhandlung alles daran zu setzen, um eine Lohnreduzierung der gedachten Art zu verhüten; ferner erklären sie, dem Rufe ihrer Führer in jeder Hinsicht Folge zu leisten und eventuell das Mittel, welches geeignet, eine Lohnreduzierung zu verhüten, in Anregung zu bringen.

Unnötige Betriebsstilllegung — ?

Die Firma Otto Zachmann schickt uns auf die in der gestrigen Morgennummer des „Vorwärts“ veröffentlichte Notiz eine längere Entgegnung, in welcher sie die Entlassung der Arbeiter und Beamten als unvermeidlich bezeichnet, weil die Firma gezwungen sei, erst eine neue Fabrikation vollständig einzurichten. Im Gegenzug zu anderen Firmen sei Zachmann bereits im Frieden ausschließlich nur Wochenshiffler gewesen.

Außerdem sei aber die Geschäftsleitung in ihren nachweislichen, unermesslichen Bestrebungen, Arbeit heranzuschaffen, durch die Arbeiterkürzung selbst behindert worden. Der sieben Wochen lange Streik der gesamten Eisenerbeiter habe dazu geführt, daß nicht nur keine neuen Aufträge hereingekommen waren, sondern daß auch ein sehr großer Teil der mit Mühe erhaltenen Aufträge wieder annulliert wurde; keine sei, durch wochenlanges Aussetzen der Arbeiter zum Zweck der Demonstrationen für die verabschiedeten Aufträge auch die Ausführung einiger Aufträge in den mechanischen Werkstätten unmöglich gemacht worden, so daß ebenfalls Wiederbestellungen nicht vermieden werden konnten.

Obgleich es der Firma selbst klarlich erschien, ob der Betrieb sich zu Kolomonit- und Eisbahnwaggonarbeiten eigne, habe sie dennoch jeden nur denkbaren Weg eingeschlagen, um derartige Arbeit zu erhalten, jedoch mit negativem Erfolg, da sich nicht nur Hunderte, sondern Tausende von Firmen auf die Eisbahnlieferungen stürzen. Bisher sei die probeweise Reparatur einiger Waggons erzielt worden, die aber erst noch von der Eisbahnverwaltung angeordnet werden müßten. Mit dieser Arbeit ließen sich aus keine 4000 Mann beschäftigen. Die Vermutung, daß die Einleitung des Betriebes nur aus Rücksicht auf die Rentabilität vorgenommen wurde, weist die Firma entschieden zurück.

Wir müßten zu dieser Entgegnung bemerken, daß sie den Eindruck, den die Darstellung unserer Gewerksamtes auf uns gemacht hat, nicht an erziehern vermag. Der Gewerksamtes ist kein Außenstehender, wie die Firma zu vermuten scheint, sondern ein Mann, der den Betrieb und seine Einigung für eine event. Umstellung auf andere Produktionszweige durchaus sachgemäß zu beurteilen versteht.

Der Textilarbeiterverband hält seine 13. ordentliche Generalversammlung in der Zeit vom 21.-26. Juli in Berlin ab.

Die Arbeitslöhne bei den händischen Gießereien Berlin. In der unter obiger Überschrift von der Zeitung des Gemeindefördererverbandes eingeleitet, in der Montagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichten Aufsatz sendet uns Genosse Dr. Bruno Secherdt folgende Entgegnung:

In der Notiz wird ausgeführt, daß die Arbeit der Feuerbau- und Betriebsarbeiter so schwer ist, daß für sie bereits im Jahre 1907 der Achtstundentag eingeführt wurde, und weiter heißt es dann, daß diese Arbeiter jetzt, wo auch die leichteste Arbeit nur acht Stunden täglich dauern soll, „mit Recht“ den Anspruch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit erheben können. Gegen dieses Urteil muß ich den schärfsten Einspruch erheben. Unsere programmatische Forderung des Achtstundentages hat eine innere Berechtigung, obwohl gegen eine allgemeine rein schematische Durchführung sich mancherlei mit gutem Grund einwenden läßt. Eine weitere Verabfolgung der Arbeitszeit aber darf nur in Frage kommen, entweder wenn die Arbeiter zu Gunsten ihrer arbeitslosen Kollegen auf einen Teil ihrer Arbeitszeit und damit ihres Lohnes verzichten wollen, oder wenn die allgemeinen Verhältnisse sich so günstig gestalten, daß die Ergiebigkeit der Arbeit so stark gewachsen ist, daß an eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit gedacht werden kann. Gegenwärtig ist das letztere leider nicht der Fall, vielmehr sind wir so verarmt, daß wir allen Anlauf haben, mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft zu arbeiten, um unser Wirtschaftslieben überhaupt nur vor dem Zusammenbruch zu retten, geschweige es etwa wieder zur früheren Höhe zu erheben. Der von den Schichtarbeitern der Gasanstalten angeführte Grund für ihre Forderung des Sechstundentages entspricht lediglich einem völlig unsozialistischen Egoismus, der zwar menschlich begreiflich, in diesem Falle aber um so mehr zu tadeln ist, als er ohne jede Rücksicht auf das Gemeinwohl geltend gemacht worden ist.

Wachtung! Objekte der Kriegsgesellschaften!
Am Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr findet eine Versammlung der Vertrauensleute in den „Wilhelmshallen“ am Zoo statt. Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Industrie und Handel.

Die Börse.

Die Börse war am Mittwoch anfangs fest, schwächte sich aber bald recht erheblich ab. Die im Anfang erzielten, nicht unwesentlichen Kursbesserungen gingen zum größten Teil wieder verloren. Auch der Nordmarkt blieb überwiegend schwach. Die deutschen Anleihen waren begehrt. Österreichisch-ungarische Werte vertieften bei sehr stillem Geschäft langsam.

Verantwortlich für Politik: Erich Gutner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin; Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin; Anvertraute: L. Ottera, 1. Vertage.

Herren-Geh-Pelze
Sport-Pelze
Jagd- und Auto-Pelze
außerordentlich billig

Anfertigung
von
Herren-Bekleidung und Wäsche
aus zugegebenem Material

A. WERTHEIM

Herren-Anzüge in verschied. Farben, moderns Machart **295⁰⁰ 250⁰⁰ 195⁰⁰**

Herren-Anzüge in grünlichen und bräunlichen Farben, hübsche Sport-Formen **385⁰⁰**

Jünglings-Anzüge dunkelgrau, in verschiedenen Größen, 39/43, durchweg **165⁰⁰**

Jünglings-Ulster braun und grau gemustert, diverse Größen, 38/43, durchweg **185⁰⁰ 135⁰⁰**

Herren-Frühjahrs-Paletot hellbraun, aufgesetzte Taschen, Rückengurt **285⁰⁰**

Umfärben
von Militärstoffen und Anzügen

Umarbeiten
in Bekleidungsgegenstände für Damen, Herren und Kinder

Wenden
von Herren-Bekleidung und Umarbeiten in kleinere Größen

Krawatten, Oberhemden, Kragen, Manschetten und Vorhemden in großer Auswahl

Hosenträger von 1⁶⁵ an **Schwedenmützen** Leder, m. Pelzbes. **40⁰⁰**

Hosenträger kräftiges Gurtsband **3⁹⁰** **Herrenhüte** weich, Haarfilz, viele Farben **35⁰⁰**

Schwedenmützen für Knaben **11²⁵** **Herrenhüte** schwarz Velours **64⁵⁰**